

Oskar Morgenstern als wirtschaftspolitischer Berater in den 1930er-Jahren

Klausinger, Hansjörg

DOI:

[10.57938/0f8787c8-82cf-412d-a277-02fb6ceed5c](https://doi.org/10.57938/0f8787c8-82cf-412d-a277-02fb6ceed5c)

Published: 01/01/2006

Document Version

Publisher's PDF, also known as Version of record

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):

Klausinger, H. (2006). *Oskar Morgenstern als wirtschaftspolitischer Berater in den 1930er-Jahren*. (Juli 2006 ed.) Inst. für Volkswirtschaftstheorie und -politik, WU Vienna University of Economics and Business. Department of Economics Working Paper Series No. 98 <https://doi.org/10.57938/0f8787c8-82cf-412d-a277-02fb6ceed5c>



**OSKAR MORGENSTERN
ALS WIRTSCHAFTSPOLITISCHER BERATER IN DEN 1930ER-JAHREN**

*Hansjörg Klausinger**

*Working Paper No. 98
Juli 2006*

Abstract

The point of departure of this study is that in the 1930s Oskar Morgenstern, well-known as the co-founder of game theory, was preoccupied by his activities in Austrian economic policy, possibly even more so than with his project to revolutionize economic theory. The main questions to be examined in this regard are, first, to what extent Morgenstern's advice did conform to the teachings of the Austrian school and, second, if he really exerted an influence on economic policy-making in Austria during this period. In order to answer this question the paper draws to a large part on unpublished sources from the Oskar Morgenstern Papers and uses them as a basis for determining Morgenstern's role in a few critical episodes of Austrian economic policy-making.

Keywords: Austrian School of Economics; Great Depression; Austrian economic history.

JEL-Code: B25; B30; N14.

Address of the author:

Vienna University of Economics & B.A.
Department of Economics
Augasse 2 - 6, A 1090 Vienna, Austria
hansjoerg.klausinger@wu-wien.ac.at

* Revidierte deutsche Fassung eines Vortrags auf der ESHET 2006 Conference in Porto. Eine frühere Version wurde auf der vom Wirth Institute for Austrian and Central European Studies at the University of Alberta organisierten Austrian School Conference in Edmonton im Oktober 2005 vorgetragen. Den Teilnehmer/inne/n dieser Konferenzen sowie Alfred Sitz danke ich für eine Reihe von wertvollen Anregungen, wiewohl ich die alleinige Verantwortung für verbliebene Fehler und Mängel trage. Für die Erlaubnis, aus den unveröffentlichten Papieren und der Korrespondenz von Oskar Morgenstern zu zitieren, danke ich Dorothy Morgenstern Thomas und der Rare Books, Manuscript, and Special Collections Library der Duke University (Durham, NC), die über das Copyright verfügt.

1. Einführung

Heute ist Oskar Morgenstern in erster Linie als der Koautor der von ihm und John von Neumann begründeten Spieltheorie (von Neumann und Morgenstern 1944) bekannt, auch wenn üblicher Weise von Neumann der bedeutendere Anteil an dieser Zusammenarbeit zugeschrieben wird. Aus dieser Perspektive betrachtet erscheinen Morgensterns Aktivitäten in den 1930er-Jahren als Vorarbeiten, die schließlich auf Umwegen in der durch die Spieltheorie ausgedrückten Kritik der traditionellen ökonomischen Theorie mündeten. Das Bild des jungen Morgenstern der 1930er-Jahre wäre demnach das eines Theoretikers und Kritikers der orthodoxen Theorie. Diese Charakteristik ist aber bestenfalls die halbe Wahrheit. Denn tatsächlich sah sich Morgenstern, der Leiter des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, zu dieser Zeit mindestens ebenso sehr als Praktiker denn als Theoretiker und spielte eine überaus aktive Rolle in der österreichischen Wirtschaftspolitik. Diesem in der Literatur oft übersehenen Aspekt widmet sich die folgende Untersuchung.

Sie versucht in dieser Hinsicht zu zwei voneinander weitgehend getrennten Forschungssträngen beizutragen, nämlich der österreichischen Zeitgeschichte und der Geschichte der österreichischen Nationalökonomie, soweit sich beide mit dem Einfluss der Österreichischen Schule der Nationalökonomie auf die Wirtschaftspolitik der 1930er-Jahre befassen. Von diesen recht unterschiedlichen Standpunkten aus erscheinen die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der österreichischen Ökonomen¹ zum einen als schädlich und als eine Ursache dafür, dass es zu keiner nachhaltigen Erholung der Wirtschaft nach der Krise kam, zum anderen als die letzte, auf Grund des Unverstandes der Wirtschaftspolitik verpasste Chance.² Hier werde ich mich darauf beschränken, die spezifischen Aktivitäten Morgensterns im Kontext der Österreichischen Schule darzustellen und zu fragen, wie weit sein Einfluss auf die österreichische Wirtschaftspolitik reichte.³

Im Hinblick auf Morgensterns Rolle in der österreichischen Wirtschaftspolitik der 1930er-Jahre verwendet diese Arbeit zahlreiche bislang weitgehend vernachlässigte Quellen. Neben

¹ Personenbezeichnungen mögen im Folgenden als geschlechtsneutral verstanden werden; tatsächlich zeigt jedoch die verwendete maskuline Form die nahezu vollständige Abwesenheit von Frauen in der darzustellenden Sphäre an.

² Als Beispiele für diese zwei Typen von Literatur siehe Mattl (1984), Stiefel (1988) und Senft (2002), sowie Ebeling (2001, 2002), Leube (2002) und Pallas (2005, Abschnitt 5.3).

³ Insoweit ergänzt und revidiert diese Arbeit Klausinger (2006).

den wissenschaftlichen Publikationen, die den Hintergrund der wirtschaftspolitischen Debatten bildeten, werden unter anderem auch die von Morgenstern und anderen Ökonomen (z.T. anonym) verfassten Kommentare und Kolumnen in Tageszeitungen und Zeitschriften sowie unveröffentlichte Papiere und Korrespondenz herangezogen. Hierbei haben sich die in den Oskar Morgenstern Papers erhaltenen Dokumente, auf denen ein Großteil der folgenden Ausführungen basieren wird, als besonders wertvoll erwiesen.⁴ Es sollen hier allerdings auch die Beschränkungen und Risiken bei der Verwendung dieser Dokumente erwähnt werden: Nicht bloß, dass diese die oft subjektive Einschätzung der Lage durch die jeweiligen Autoren widerspiegeln, die daraus gezogenen Schlussfolgerungen können auch durch die zufällige Selektion der erhalten gebliebenen Dokumente verzerrt werden – in unserem Beispiel sind etwa die von Mises, Hayek, Machlup und Haberler nachgelassenen Papiere aus dieser Zeit (im Gegensatz zu jenen Morgensterns) höchst unvollständig.

Der Aufbau der folgenden Arbeit entspricht der gleichermaßen theoretischen wie historischen Komponente der behandelten Frage. Zunächst werden die Lehren der Österreichischen Schule und die daraus abgeleiteten Politikempfehlungen dargestellt, die den Hintergrund von Morgensterns Tätigkeit bildeten, und darauf eingegangen, inwieweit er der Sichtweise der Österreichischen Schule folgte. Sodann wird Morgensterns Rolle als wirtschaftspolitischer Berater an Hand von einigen markanten Episoden näher untersucht. Auf dieser Grundlage soll abschließend das Ausmaß von Morgensterns Einfluss auf die österreichische Wirtschaftspolitik beurteilt und mit dem anderer Mitglieder der Österreichischen Schule verglichen werden.

2. Morgenstern und die Wirtschaftspolitik der Österreichischen Schule

Am Beginn der 1930er-Jahre können innerhalb der Österreichischen Schule zwei Strömungen unterschieden werden: Auf der einen Seite der „harte Kern“ der „Austroliberalen“, mit Ludwig Mises an der Spitze und mit Friedrich August Hayek, Fritz Machlup und Gottfried Haberler als den wichtigsten Vertretern der jüngeren Generation; auf der anderen Seite eine von Hans Mayer, dem einzigen der Schule zuzurechnenden Ordinarius an der Universität Wien, repräsentierte Strömung, die gegenüber dem von Mises propagierten liberalen Credo eine skeptischere Haltung einnahm – neben Paul Rosenstein-Rodan zählte auch Morgenstern

⁴ Im Text werden Beiträge aus Tages-, Wochen- und Monatszeitschriften mit ihrem Datum zitiert; diejenigen Beiträge, überwiegend aus dem *Neuen Wiener Tagblatt*, die in Machlup et al. (2005) wiederabgedruckt sind, sind im Literaturverzeichnis mit einem Sternchen (*) gekennzeichnet. Die Oskar Morgenstern, Gottfried Haberler und Fritz Machlup Papers werden als Quellen mit OMP, GHP bzw. FMP abgekürzt, danach folgt die Nummer

zu den Schülern Mayers.⁵ In den meisten Themenbereichen der zeitgenössischen Diskussion, wie etwa über Geld und Konjunktur, internationalen Handel und die Wirtschaftsrechnung, hatte sich innerhalb des Austroliberalismus ein Konsens herausgebildet,⁶ der auf den Arbeiten von Mises (1924), Hayek (1929, 1931), Machlup (1931) und Haberler (1933) gründete. Im Gegensatz dazu kann Morgenstern nicht als ein Teil dieses Konsenses angesehen werden, nicht nur wegen seiner Nähe zu Mayer, sondern auch auf Grund der Erfahrungen, die er während eines Rockefeller Stipendiums in Zentren der neoklassischen Ökonomie (in England, den USA, Frankreich und Italien) gesammelt hatte. Tatsächlich vergrößerte sich im Laufe des zu betrachtenden Jahrzehnts die Distanz Morgensterns zum österreichischen Ansatz, den er – wenn auch oft dunkel und mehrdeutig – auf verschiedenen Ebenen heftig kritisierte: für die Unexaktheit der Methoden, die Unschärfe der Konzepte und die außerwissenschaftliche Basis des Kampfes für eine liberale Ordnung. Wie sich jedoch zeigen wird, stimmte Morgenstern trotz seiner abweichenden theoretischen Position mit den Austroliberalen in wirtschaftspolitischer Hinsicht nahezu vollständig überein und teilte deren Einstellungen zu Diagnose und Therapie für die marode österreichische Wirtschaft.⁷

Um die Anforderungen an die wirtschaftspolitische Beratung in den 1930er-Jahren würdigen zu können, muss erst kurz auf die Ausgangslage der österreichischen Wirtschaft eingegangen werden. Das ganze Jahrzehnt war zunächst durch die Große Depression geprägt, von der Österreich besonders hart getroffen wurde, und sodann durch die äußerst schwache Erholung von der Krise, sodass 1937, im Jahr vor dem „Anschluss“, das reale Sozialprodukt das Niveau von 1929, vor dem Ausbruch der Krise, noch immer nicht erreicht hatte. Das kritische Ereignis, das den Übergang von einem scheinbar normalen Konjunkturabschwung in eine tiefe Depression auslöste, war die *Creditanstalt*-Krise im Mai 1931. Diese Krise löste verzweifelte Versuche seitens der Regierung und der *Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)* aus, den Zusammenbruch der *Creditanstalt* zu verhindern, da auf Grund von deren starker Verflechtung mit großen Teilen der österreichischen Industrie katastrophale Folgen befürchtet wurden. Doch erlangten die Ereignisse innerhalb weniger Monate eine unaufhaltsame Dynamik: Als die Bankenkrise sich ausbreitete und in eine veritable Währungskrise mündete, reagierte die

der Box. Passagen aus Morgensterns Tagebuch (alle in OMP 13) werden mit „D“, gefolgt vom Datum des Eintrags, zitiert.

⁵ Für weiterführende biografische Informationen siehe die Beiträge in Hagemann und Krohn (1999).

⁶ Natürlich schloss das abweichende Meinungen in minder wichtigen Fragen nicht aus.

⁷ Zu den verschiedenen in der österreichischen Wirtschaftswissenschaft der Zwischenkriegszeit vertretenen Strömungen siehe Leonard (2004).

Politik angesichts fortschreitender Verluste von Währungsreserven mit der Einführung der Devisenbewirtschaftung, der schließlich Zollerhöhungen und Einfuhrverbote für eine immer längere Liste von Waren folgten – eine Kette von Maßnahmen, die alle im krassen Widerspruch zu dem standen, was der Kurs einer liberalen Wirtschaftspolitik diktiert hätte. Das war jedenfalls die Lage, auf die die Ökonomen der Österreichischen Schule mit ihren Ratschlägen reagierten.⁸

Damit wenden wir uns im Folgenden den Positionen der Österreichischen Schule zu einer Reihe aktueller und in den 1930er-Jahren heftig umstrittener Themen zu. Die verwendeten Textbelege stammen überwiegend aus deren Beiträgen zur zeitgenössischen Diskussion. Obwohl die Zuschreibung einer solch einheitlichen Sichtweise für alle Mitglieder einer Schule zwangsläufig eine Vereinfachung darstellt, werden wir den derart „rational rekonstruierten“ Konsens des Austroliberalismus als Hintergrund verwenden, um vor ihm Morgensterns Position zu analysieren.

Inflation

Vor dem Hintergrund der österreichischen Theorie des Konjunkturzyklus – wonach die die Hochkonjunktur vorantreibende Inflation die wahre Ursache von Krise und Depression sei – und nach den Erfahrungen der Hyperinflation von 1922/23 betrachteten die Austroliberalen die Inflation als *das* vorrangige ökonomische Übel.⁹ Die Politik der *Oesterreichischen Nationalbank* angesichts der *Creditanstalt*-Krise, einerseits die *Creditanstalt* im Tausch gegen deren eigene Wechsel mit Liquidität zu versorgen und damit das Wechselportefeuille aufzublähen, andererseits die als Folge von Banken- und Währungskrise auftretenden Verluste an Währungsreserven hinzunehmen, verurteilten sie folgerichtig als fehlgeleitet. Die Warnungen vor den Gefahren der Inflation hielten auch an, nachdem die Zunahme der Zentralbankgeldmenge in ihrer Wirkung auf den Geldumlauf durch das Ausweichen des Publikums von Bankeinlagen auf Bargeld mehr als kompensiert worden war – noch immer sahen sie einen Geldüberhang und in der Hortung von Banknoten die Gefahr künftiger Inflation. Um Sicher-

⁸ Zur österreichischen Wirtschaft in den 1930er-Jahren siehe Kernbauer (1991), Schubert (1991), Sandgruber (1995, 382–402) und die in Anmerkung 1 zitierten Quellen.

⁹ Dem zeitgenössischen Gebrauch entsprechend wird mit Inflation eine Zunahme („Aufblähung“) des Geldumlaufs, d.h. der Geldmenge bzw. der Umlaufgeschwindigkeit – im Sinne der Quantitätsgleichung von M bzw. (im weiteren Sinne) von MV – bezeichnet. In einer wachsenden Wirtschaft wäre daher Inflation mit einem stabilen Preisniveau vereinbar.

heit vor Inflation und anderen Währungsmanipulationen zu gewährleisten, befürworteten die Austroliberalen daher die Rückkehr zu einer festen Goldparität des Schilling.¹⁰

Bankenkrisen

Die angemessene Reaktion auf die *Creditanstalt*-Krise, und späterhin auf die Krise weiterer maroder Banken, hätte darin bestanden den „Währungsschutz“ vor den „Bankenschutz“ zu stellen. Demnach sollten insolvente – möglicher Weise im Gegensatz zu bloß illiquiden – Banken nicht durch Kreditspritzen gerettet werden, da dies, wie das österreichische Beispiel von 1931 zeige, bloß zur Inflation und zur Krise der Währung führe. Aus ökonomischer Sicht sei es die bessere Lösung die Banken in Bankrott gehen zu lassen und zu liquidieren, denn dadurch würde die monetäre Stabilität nicht gefährdet, und die wirtschaftlich gesunden Firmen im Einflussbereich der bankrotten Banken würden in jedem Fall überleben.¹¹

Devisenbewirtschaftung

Im Oktober 1931 hatte Österreich die Devisenbewirtschaftung als eine Notmaßnahme eingeführt, um der Währungskrise und den massiven Verlusten von Währungsreserven Einhalt zu gebieten. Als Folge dieser Maßnahme schrumpfte der Außenhandel beträchtlich und auf den freien Devisenmärkten wertete der Schillingkurs bis zu 35% unter die offizielle Parität ab. Da die Bewirtschaftung die Devisenabrechnung zum offiziellen Kurs erzwang, kam dies im Außenhandel in der Wirkung einer Einfuhrprämie bzw. einem zusätzlichen Ausfuhrzoll gleich. Daher darf es nicht verwundern, dass die austroliberalen Ökonomen ihre heftigsten Angriffe auf die Devisenbewirtschaftung richteten und von allem Anfang an deren rasche und unbedingte Abschaffung forderten. Tatsächlich scheint es die Ablehnung des Regimes der Devisenbewirtschaftung gewesen zu sein, die diese Ökonomen in ihrem Kampf gegen eine irregeleitete Wirtschaftspolitik geeint hat. Ihr durchgängiges Argument war, dass die Devisenbewirtschaftung das ihr zugeschriebene Ziel der Verteidigung der Währungsparität nicht erfüllen könne – das einzige Mittel hierfür sei eine Verknappung des Geldes –, jedoch mit ihren schädlichen Nebeneffekten den österreichischen Außenhandel zum Erliegen bringe. Diese

¹⁰ Morgenstern stimmte mit dieser Sichtweise überein, ohne jedoch die spezifische Konjunkturerklärung der Österreichischen Schule zu akzeptieren (siehe z.B. Morgenstern 1936c). Als Beispiele für Morgensterns Beiträge zu dieser Debatte siehe z.B. Morgenstern (4. Okt. und 17. Dez. 1931, und 3. Feb. 1932) über die Gefahr der Inflation, die gehorteten Banknoten bzw. die Vorzüge einer am Gold orientierten Notenbankpolitik. Zum „Inflationismus“ siehe Mises (1924, 203–15).

¹¹ Siehe z.B. Machlup (18. Feb. und 22. Mai 1932); Morgenstern (D 31. Okt. 1932) schlug dieses Rezept als Lösung für die Bankenkrise 1932/33 vor.

schädlichen Effekte verstärkten sich noch, als die Devisenkontrollen im Versuch, ihre Wirksamkeit zu sichern, durch immer mehr Handelserschwernisse ergänzt wurden: Zölle, Einfuhrverbote, Kontingentregelungen, Clearingabkommen und eine generelle Tendenz zum Bilateralismus. Darüber hinaus betrachteten die Austroliberalen die zunehmend dichtere Regulierung des Außenhandels und des Devisenverkehrs als einen ersten Schritt hin zur Planwirtschaft, der schon deshalb bekämpft werden musste, um die liberale Marktwirtschaft (bzw. was davon in Österreich noch existierte) zu retten.¹²

Die Handelsbilanz

Der Erklärungsansatz für die österreichische Handelsbilanz (d.h. deren notorisches Defizit), den Morgenstern ebenso wie die Austroliberalen vertrat, ging davon aus, die Handelsbilanz als Teil der Zahlungsbilanz zu untersuchen und die üblicher Weise unterstellte Kausalkette umzukehren: Die Handelsbilanz sei das Ergebnis, und nicht die Ursache, der Veränderungen in den anderen Zahlungsbilanzpositionen, insbesondere der (angestrebten) Veränderung der Auslandsverschuldung. Daher wurde das österreichische Handelsdefizit als Folge der Kapitalaufzehrung¹³ erklärt, die aus der gegenüber Unternehmern, Gewinnen und der Kapitalbildung feindlichen Wirtschaftspolitik resultiere und den Import von Kapital aus dem Ausland unumgänglich mache. Demnach könne das Defizit auch nicht durch die Einführung von Handelsbeschränkungen bekämpft werden – blieben die anderen Positionen der Zahlungsbilanz unverändert, würden solche Beschränkungen im gleichen Ausmaß wie die Importe auch die Exporte verringern und so zwar das Handelsvolumen, aber nicht das Defizit reduzieren. Protektionismus sei daher die falsche Methode, da er statt das Handelsdefizit zu kurieren den heimischen Exportsektor und damit die heimische Wirtschaft insgesamt schädige. Offenbar beruhte diese Sicht der Handelsbilanz auf dem glatten Funktionieren des Außenhandelsmechanismus, wonach Änderungen der Währungsreserven zunächst auf den realen Wechselkurs und auf diesem Weg auf die Handelsbilanz wirken. Im Falle eines festen Wechselkurses lag damit die gesamte Anpassungslast auf der Flexibilität der heimischen Preise. Jedenfalls sahen die

¹² Siehe z.B. Machlup (8. und 9. Okt. 1932), Morgenstern (12. Nov. 1931, 3. Feb. und 7. Mai 1932) und retrospektiv Morgenstern (1937).

¹³ Kapitalaufzehrung liegt vor, wenn der Kapitalstock absolut (oder relativ zur Beschäftigtenzahl) zurückgeht, weil die aus der Ersparnisbildung finanzierten Investitionen nicht ausreichen, die abgenutzten Teile des Kapitalstocks zu ersetzen.

Austroliberalen somit im Handelsbilanzdefizit bloß das Symptom, nicht die Ursache, einer Krise.¹⁴

Internationaler Handel

Die liberalen Ökonomen waren unbedingte Vorkämpfer des Freihandels und beklagten daher die von vielen Ländern im Zuge der Großen Depression errichteten Hindernisse für den freien Handel. Angesichts dieser Welle des Protektionismus befürworteten sie radikale Maßnahmen, wie z.B. die – auch einseitige – Abschaffung von Zöllen und Handelsbeschränkungen, die auch für die österreichische Wirtschaft das beste Rezept für einen Aufschwung darstelle. Auf internationaler Ebene lag die Priorität in der Wiederherstellung umfassenden Freihandels, im Gegensatz zur Ausbreitung von Präferenzabkommen, wie sie etwa auch die von Österreich 1934 mit Italien und Ungarn abgeschlossenen Römischen Protokolle darstellten.¹⁵

Auslandsschulden, Moratorien und das Transferproblem

Auf Grund ihres Vertrauens in das Funktionieren des Außenhandelsmechanismus bestand für die Austroliberalen das sog. Transferproblem, z.B. der Rückzahlung von Auslandsschulden, allein in einem Aufbringungsproblem, d.h. in der Aufbringung der erforderlichen Summe durch Steuern oder andere Maßnahmen. Die Aussetzung solcher Transfers durch die Ausrufung von Moratorien – wie etwa auch 1932 durch Österreich – signalisierte für sie daher primär nicht Zahlungsunfähigkeit, sondern Zahlungsunwilligkeit, und war daher strikt abzulehnen. Wie auch im Falle heimischer Schulden stellte die Weigerung, Auslandsschulden zurückzuzahlen, eine ernste Bedrohung jenes rechtlichen Rahmens dar, der in einer liberalen Ordnung die Grundlage für internationalen Handel und Finanzierung bildete.¹⁶

¹⁴ In der klarsten Form findet sich der österreichische Standpunkt zur Missdeutung des Handelsbilanzdefizits bei Machlup (2. Okt. 1932) und Haberler (12. Apr. 1933), siehe auch Mises (2003, 139–45 [Rede vor der Wiener Handelskammer am 18. Feb. 1932] und 2002, ch. 23 [Rede vor dem Kongress der Internationalen Handelskammer in Wien am 30. Mai 1933]). Morgenstern (Juni 1934b) vertrat dieselbe Sicht und beklagte anlässlich einer Rede Schuschniggs (in D 19. Okt. 1935) die irrige Orientierung der Politik an der Handelsbilanz: „Es ist unfassbar, daß hier solche Irrtümer und Unkenntnisse fortgesetzt möglich sind!“

¹⁵ Das Rezept einer Handelsliberalisierung als Mittel gegen die Depression vertrat Morgenstern in einer Reihe von Artikeln in der *Wirtschaftlichen Rundschau* (siehe z.B. Juni 1934a); zur Ablehnung von Präferenzabkommen siehe Morgenstern (13. Mai 1933) und auch Kamitz (4. Mai 1935), Morgensterns Stellvertreter am Institut. Der wichtigste Autor unter den Österreichern im Bereich der Außenhandelstheorie war natürlich Haberler (siehe 1933).

¹⁶ Am eindeutigsten äußerte sich dazu Machlup in einer für das *Tagblatt* verfassten, dort aber nicht veröffentlichten Kolumne (Machlup n.d. [Mai 1932?]); Morgenstern (22. Mai 1932 und Juli 1934) vertrat eine gemäßigte Position, siehe dazu auch unten.

Arbeitsbeschaffung

Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung als Rezept gegen die Depression wurden von österreichischen Ökonomen, und zwar jeglicher Schattierung, abgelehnt. Das auf der Quantitätsgleichung beruhende Argument der Austroliberalen war einfach: Soweit eine solche „Ankurbelung“ (z.B. durch öffentliche Arbeiten) nicht von Inflation – im Sinne einer Zunahme des Geldumlaufs – begleitet wurde, musste sie im Aggregat wirkungslos bleiben und konnte bloß die Beschäftigung zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen umverteilen. Ging sie aber mit Inflation einher, so mochte sie zwar einen Aufschwung herbeiführen, wie bei jeder Inflation sei diese „Scheinblüte“ aber nur kurzlebig und müsse letztlich in einer noch tieferen Depression als zuvor enden. Auf Dauer sei daher von solchen Projekte kein Nutzen, sondern nur zusätzlicher Schaden, zu erwarten.¹⁷

Lohnsenkungen

Im Gegensatz zu den „künstlichen“ Methoden der Ankurbelung oder der Inflation stellen Lohnsenkungen in der Depression die „Naturheilmethode“ (Machlup 13. Mai 1933, 781) einer Marktwirtschaft dar. Durch die infolge von Lohnsenkungen niedrigeren Produktionskosten bestehe für die Unternehmen ein Anreiz mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, während die damit einhergehende Verschiebung der Kaufkraft dafür Sorge, dass den zusätzlich produzierten Gütern auch eine ausreichende Nachfrage gegenübersteht – die Möglichkeit eines Mangels an effektiver Nachfrage als Hindernis für den Erfolg von Lohnsenkungen wird konsequenter Weise ausgeblendet. Aus dieser Sicht standen allerdings die Macht der Gewerkschaften und Eingriffe in den Arbeitsmarkt, wie etwa die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung, dem Wirken dieser Methode im Wege. Für die Austroliberalen erwies sich daher in der Depression die Notwendigkeit, und bot sich zudem die Gelegenheit, durch eine Neugestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen diese Abweichungen vom Ideal des klassischen Liberalismus zu beseitigen.¹⁸

Auflockerung

¹⁷ Siehe z.B. Mises (1931, Abschnitt 4), Machlup (17. Apr. 1932) und Haberler ([1933?]). In ähnlicher Weise warnte Morgenstern (1932) vor den Gefahren des im deutschen *Papen-Plan* verborgenen Ankurbelungselements (siehe auch Morgenstern Mai 1934).

¹⁸ Siehe z.B. Mises (1931) und Machlup (26. Nov. 1933). Morgenstern (Mai 1934) bekräftigte, „wissenschaftlich war man sich darüber immer im klaren“ gewesen, dass die Senkung der Produktionskosten „der richtige Weg“ sei, er konzentrierte sich hierbei jedoch auf die Gesamtheit der Produktionskosten und nicht bloß auf die Lohn-

Die Interventionen des Staates behinderten nicht nur das Funktionieren des Arbeitsmarktes, sondern auch der Gütermärkte. Unter dem Stichwort der „Auflockerung“ wurde ein höheres Maß an Preisflexibilität und mehr Wettbewerb auf den Gütermärkten gefordert, durch eine Lockerung der Eintrittsbarrieren für heimische und – als Folge einer weniger protektionistischen Handelspolitik – für ausländische Anbieter.¹⁹ Die durch eine solche Auflockerungspolitik herbeigeführte Tendenz zu Preissenkungen erschien angesichts der Preisschere, die sich zwischen den nahezu stabilen heimischen und den fallenden Weltmarktpreisen entwickelt hatte, als unvermeidlich, sollte eine Abwertung des Schilling vermieden werden. Als Folge der Krise und der Krisenpolitik – und des antiliberalen Geistes, zu dem sich der Ständestaat bekannte – wurden zudem im Laufe der 1930er-Jahre die Regulierungen („Marktordnungen“) in der Industrie, vor allem aber in der Landwirtschaft, zunehmend dichter und rigider, sodass die Notwendigkeit einer Auflockerung umso dringender empfunden wurde.²⁰

Die Begründung der Wirtschaftspolitik

Obwohl auf den ersten Blick die Positionen Morgensterns und der Austroliberalen in den Fragen praktischer Wirtschaftspolitik weithin übereinstimmten, standen sie doch zueinander in schroffem Gegensatz, sobald es um die theoretische Begründung von Wirtschaftspolitik ging. Das wurde besonders durch die Veröffentlichung von Morgensterns Monografie über die „Grenzen der Wirtschaftspolitik“ (Morgenstern 1934) augenfällig, in der er sich in dieser Hinsicht ostentativ von Mises' Position abwandte. Während Mises die These vertrat, die Überlegenheit eines liberalen Wirtschaftssystems könne durch die „unwiderlegbare Logik“ der Wissenschaft nachgewiesen werden (Mises 1933, 183), sah Morgenstern Aussagen über die Ziele der Wirtschaftspolitik als jenseits des Aufgabengebiets der ökonomischen Theorie bzw. einer auf dieser Theorie basierenden Politikberatung. Vielmehr sei die Bestimmung der Ziele die Aufgabe der politisch Verantwortlichen, die sich aus einer Vielzahl von Gründen auch für Ziele entscheiden mögen, die im Konflikt mit den Lehren der reinen (liberalen) The-

kosten und war sogar bereit zu konzedieren, dass sich in manchen seltenen Fällen Lohnsenkungen als wirkungslos herausstellen könnten (siehe D 26. Dez. 1932).

¹⁹ Der Begriff „Auflockerung“ war aus der deutschen Krisendiskussion wohl bekannt; dort war er unter anderem von Röpke und Lautenbach verwendet worden, die Auflockerung allerdings neben (und nicht wie die Austroliberalen statt) einer expansionistischen Politik propagierten.

²⁰ Für eine generelle Diskussion siehe Mises (1931). Zu den späteren Beiträgen von Morgenstern und Strigl siehe unten.

orie stehen (siehe Morgenstern 1934, 4 und 9).²¹ Darüber hinaus sei die praktische Wirtschaftspolitik durch eine Reihe von empirischen Komplikationen und intervenierenden Faktoren gekennzeichnet – Morgenstern nennt Macht, Unsicherheit, Zeit und Erwartungen –, für die die abstrakte Theorie (noch) keine adäquaten Lösungen anbieten könne; daher müsse Politikberatung immer über die bloße Anwendung der herrschenden Theorie hinausgehen. Obwohl Morgenstern in der praktischen Wirtschaftspolitik durchaus die Wiederherstellung einer liberalen Wirtschaftsordnung befürwortete, wendete er sich damit emphatisch gegen die Behauptung – die er Mises und dessen Anhängern zuschrieb –, die Überlegenheit einer solchen Ordnung ließe sich auf rein wissenschaftlicher Grundlage ableiten, noch viel weniger auf der Grundlage der zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaft mit ihren zahlreichen Unvollkommenheiten.

3. Morgenstern in der Praxis der Politikberatung

Die Ausgangsbedingungen

Am Beginn der 1930er-Jahre befand sich die österreichische Wirtschaft in einem Zustand der Zerrüttung, auf den die Ökonomen der Österreichischen Schule mit einer Kampagne für eine Umkehr zum Wirtschaftsliberalismus reagierten – für eine anti-inflationistische Geldpolitik, für eine gesunde Finanzpolitik und für eine weitestgehend am Freihandelsprinzip orientierte Handelspolitik.

Morgenstern, der eben Hayek als Leiter des Konjunkturinstituts nachgefolgt war, sah ebenso wie die Austroliberalen die Notwendigkeit zu entschlossenem Handeln gekommen. Im Sommer 1931 notierte er in sein Tagebuch: „Ich entwickelte ... einen Plan, ... [für] ein aktives Eingreifen in die wirtsch[afts]pol[itischen] Diskussionen“ (D 27. Aug. 1931), und machte sich daran, dieses Vorhaben umzusetzen. Er nutzte seine neue Position, um die Presse mit journalistischen Beiträgen zur Wirtschaftspolitik zu versorgen, und er begann Kontakte zu wichtigen Akteuren der österreichischen Wirtschaftspolitik zu knüpfen. In den nächsten Jahren widmete Morgenstern den Großteil seiner Zeit diesen Aktivitäten in der praktischen Wirtschaftspolitik, zum Nachteil der rein wissenschaftlichen Arbeit, die er in diesen Jahren nicht im gewünschten Maß vorantreiben konnte. Des Konflikts war er sich durchaus bewusst und beklagte ihn häufig: „Ich sitze an der Arbeit, habe, wie immer, 100 Pläne und *viel* zu wenig Zeit und Kraft“ (D

²¹ Nach Morgenstern (Okt. 1934) ist es die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft, „Zusammenhänge der wirtschaftlichen Beziehungen zu erkennen ... Welche Anwendung die Politik von diesen Erkenntnissen macht, das

2. Apr. 1932, Hervorhebung im Original). Das Buch über Wirtschaftspolitik (Morgenstern 1934) schrieb er in den Lücken, die ihm seine praktische Tätigkeit ließ, und manche Projekte im Bereich der „hohen Theorie“ wurden nicht oder nur fragmentarisch fertiggestellt. Als er 1934 auf das im letzten Jahr Erreichte zurückblickte, fasste er den “Plan des neuen, *sehr* technischen Buches über diesen Gegenstand [Zeit und wirtschaftliches Gleichgewicht, HK]. Wenn möglich Durchführung bis zum Sommer” (D 4. Nov. 1934, Hervorhebung im Original), eines Buches, das jedoch ungeschrieben blieb. Tatsächlich erachtete er allerdings die praktische Tätigkeit in der Wirtschaftspolitik nicht prinzipiell als abträglich für seine wissenschaftliche Entwicklung. Nachdem er Mitglied der Preiskommission geworden war, schrieb er vielmehr an Haberler (14. März 1937, GHP 65): „Ich lerne täglich. Und jetzt sehe ich erst, wie unerlässlich diese empirischen Kenntnisse & Erfahrungen für die Wiss[enschaft] sind.“ Aus Morgensterns Äußerungen geht jedenfalls hervor, wie wichtig ihm selbst seine wirtschaftspolitischen Aktivitäten erschienen, zumindest für einige Zeit sogar wichtiger als seine parallel dazu betriebenen Versuche, die ökonomische Theorie zu revolutionieren.

Der Einfluss der Ökonomen

Auf welchem Weg fanden nun Morgenstern (und die Austroliberalen) mit ihren Vorstellungen Eingang in die österreichische Wirtschaftspolitik und auf welche Weise konnten sie ihren Einfluss ausüben?²²

Das augenscheinlichste Beispiel für die Propagierung austroliberaler Ideen bietet eine Kampagne im *Neuen Wiener Tagblatt*, einer der seriösen Wiener Tageszeitungen, die in ihrer Reputation wohl nur der *Neuen Freien Presse* nachstand.²³ Zwischen 1931 und 1934 erschienen dort zumindest 75 Kommentare zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen (zunächst unter dem Titel „Ein Beitrag zur wirtschaftlichen Vernunft“), die meisten davon anonym; als Autor der Mehrzahl der Beiträge konnte Machlup identifiziert werden, neben ihm auch Morgenstern und andere.²⁴ Diese Kommentare wurden durch eine kurze, wöchentlich erscheinende Kolumne „Zwei Minuten Volkswirtschaft“ ergänzt; deren einziger (und wiederum anonymer)

ist ihre Sache”.

²² Die Popularisierung ihrer Ideen betrachteten auch andere österreichische Ökonomen – wie Schumpeter (siehe Blumenthal 2006), Mises (siehe Ebeling 2002) oder Machlup (siehe Klausinger 2004) – als wichtige Aufgabe.

²³ Genauer dazu bei Klausinger (2005a). Aus der Sicht der Autoren siehe Morgenstern (1937) und Machlup (1982).

²⁴ Zu den weniger bekannten Ökonom/inn/en, die ebenfalls an der Kampagne beteiligt waren, zählten z.B. Martha Stephanie Braun – als die einzige Frau, Erich Schiff und Richard Strigl.

Verfasser Machlup versuchte darin, die Öffentlichkeit über grundlegende ökonomische Einsichten der Österreichischen Schule aufzuklären. Die Initiative zu diesen journalistischen Arbeiten war Ende 1931 entstanden, als die wirtschaftliche Situation besonders chaotisch und den Autoren daher eine drastische Umkehr in der Wirtschaftspolitik besonders dringend geboten erschien. Als Ausgangspunkt der Kampagne kann ein „liberales Netzwerk“ vermutet werden: Morgenstern als erst kürzlich ernannter Leiter des Konjunkturinstituts, Machlup, Victor Grätz, der Generaldirektor der *Steyrermühl AG*, die das *Tagblatt* herausgab, und zudem ein enger Freund von Mises, sowie der Industrielle Julius Meinl scheinen zu den Urhebern gezählt zu haben. Parallel dazu versuchte Mises innerhalb der Handelskammer – solange er in Österreich aktiv war, im Großen und Ganzen erfolgreich – die organisierte Interessenvertretung der Wirtschaft auf ein liberales Programm zu verpflichten, dokumentiert in einer Reihe von ihm verfasster Memoranden und Reden.²⁵ Für das Auslaufen der *Tagblatt*-Kampagne 1933/34 gab es eine Vielzahl von Gründen, darunter die Emigration der meisten der Autoren (Morgenstern bildete eine Ausnahme) und die Feindseligkeit, mit der der eben ausgerufene Ständestaat den Lehren des Liberalismus gegenüberstand, eine Feindseligkeit, die sich auch in Zensurmaßnahmen niederschlug. Auf jeden Fall war es nach 1934 schwieriger geworden, eine wirtschaftsliberale Position offen in der österreichischen Presse zu vertreten.

Im Hintergrund der publizistischen Aktionen standen einige lose „Kreise“, die als Foren der Diskussion insbesondere zwischen den beteiligten Ökonomen und den Vertretern aus Wirtschaft und Politik fungierten. Einer dieser Kreise war derjenige der Meinl-Gruppe. Julius Meinl galt als ein Verfechter liberaler Politik, die er gemeinsam mit dem Direktor der *Meinl AG*, Kurt Schechner, in zahlreichen Pamphleten und Artikeln unterstützte.²⁶ Machlup (1982, 308) weist darauf hin, dass oftmals *Tagblatt*-Beiträge zuvor in von Meinl initiierten Treffen, an denen u.a. Machlup, Morgenstern, Mises und Grätz regelmäßig teilnahmen, diskutiert wurden. Selbst nach dem Ende der *Tagblatt*-Kampagne blieb Meinl dem liberalen Kurs, in den nun vom Ständestaat enger gezogenen Grenzen, treu und beförderte ihn publizistisch durch die Herausgabe der Monatsschrift, *Wirtschaftliche Rundschau*. Im ersten Jahr ihres Be-

²⁵ Siehe die in Mises (2002, 2003) wiederabgedruckten Beiträge und Reden. Bereits 1930 hatte Mises die Kammer in der „Wirtschaftskonferenz“ vertreten, die sich mit den Ursachen der Depression befasste und in der Vertreter der Wirtschaft, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft Mitglieder stellten; der veröffentlichte Bericht dieser Kommission, in der keine Einigung erzielt werden konnte, folgte weitgehend der Sicht von Mises. Siehe dazu Grandner und Traxler (1984) sowie Ebeling (2002, xxxi).

²⁶ Siehe z.B. Meinl (1932) sowie Meinl und Schechner (1932).

stehens wirkte dort Morgenstern als Herausgeber und verfasste (auch hier anonym) die meisten Beiträge.²⁷

Eine weitere Einflussmöglichkeit schuf der persönliche Kontakt zu wirtschaftspolitischen Akteuren, zu Politikern, Vertretern internationaler Organisationen, führenden Unternehmern und Funktionären der Handelskammer. Zum Beispiel bezeugen Morgensterns Tagebuchaufzeichnungen regelmäßige Zusammenkünfte mit Viktor Kienböck, dem Präsidenten der *OeNB*, Rost van Tonningen, dem Vertreter des Finanzkomitees des Völkerbundes, dem vom Völkerbund als Berater in die *OeNB* entsandten Gijsbert Bruins und dessen Nachfolger Maurice Frère, und mit Adrian van Hengel, dem Generaldirektor der rekonstruierten *Creditanstalt*, um nur einige zu nennen. Darüber hinaus bildete Morgenstern auch den Mittelpunkt (oder so lassen es zumindest seine eigene Notizen erscheinen) eines Kreises, der sich vorwiegend aus Repräsentanten der österreichischen Industrie zusammensetzte. Innerhalb dieses Zirkels kam es 1932/33 zu einer Serie von „Konferenzen“ über aktuelle Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik, in denen Morgenstern in der Rolle des wissenschaftlichen Experten hervortrat.²⁸

Wie sich zeigen wird, hatte sich aber nach 1934 für die Ökonomen im Umkreis Morgensterns und des Instituts die Form, in der sie ihre Empfehlungen durchzusetzen versuchten, geändert: vom indirekten Einfluss offiziöser Kreise und Pressekampagnen zur direkten Mitwirkung in der staatlichen Bürokratie.

Morgenstern und Kienböck: Wirtschaftliche Aufklärung in der Praxis.

Am Beginn der zu untersuchenden Periode stand die österreichische Wirtschaftspolitik an einem Scheideweg: Aus liberaler Sicht hatte sie eine Reihe von Fehlleistungen begangen und mit den meisten Richtlinien liberaler Politik gebrochen, nun aber eröffnete der Rücktritt von Richard Reisch, dem Vorgänger Kienböcks als Präsident der *OeNB*, und die gleichzeitige Umbildung der Regierung die Möglichkeit, zu einer soliden Wirtschaftspolitik zurückzufinden. Um Morgensterns Rolle als wirtschaftspolitischer Berater einschätzen zu können, ist zunächst zu klären, wie weit er mit den Intentionen der neu ernannten Wirtschaftspolitiker übereinstimmte.

²⁷ Siehe Morgenstern (D 4. Nov. und 9. Dez. 1934).

²⁸ Siehe auch unten.

Es ist auf den ersten Blick offenkundig, dass sich Morgenstern (ebenso wie Machlup) Anfang 1932 mit den radikalen Empfehlungen, die sie sowohl in den im *Tagblatt* erscheinenden Beiträgen als auch in persönlichen Kontakten äußerten, in scharfem Gegensatz zur pragmatischen und nur langsam Konturen annehmenden Politik befanden, wie sie tatsächlich umgesetzt wurde. Einige Beispiele mögen genügen: So forderte Morgenstern (3. Feb. 1932) eine sofortige Abschaffung der Devisenbewirtschaftung und kritisierte den Plan, sie für einige Zeit als „Übergangsmaßnahme“ beizubehalten; gleichermaßen übte Machlup (18. und 27. Feb. 1932) heftige Kritik an Kienböck (und an Finanzminister Weidenhoffer), die sich statt effektiver Maßnahmen, wie einer Einschränkung des Geldumlaufs und einer Sanierung des Budgets, mit Appellen an den „Wirtschafts-“ und „Währungspatriotismus“ begnügten. Bereits zuvor hatte Morgenstern in einer privaten Unterredung getrachtet, Bruins von seiner Verteidigung der Devisenbewirtschaftung und noch mehr von dem Gedanken an eine Abwertung abzubringen (siehe D 26. Jan. 1932), und er war offenbar dabei erfolgreich, Rost (gegen Bruins) für eine härtere Position zur Kreditrestriktion und für eine Lockerung der Devisenkontrollen zu gewinnen (siehe D 13. und 27. Jan. 1932). In dieser Hinsicht verbuchte er für sich „einen großen Erfolg“, als der Bericht des Finanzkomitees seiner und Rosts Position weitgehend entsprach, und er tat auch sein Möglichstes, um diesem Bericht Publizität zu verschaffen.²⁹ Gegenüber der Anregung des Finanzkomitees, die Devisenbewirtschaftung nicht bloß beizubehalten, sondern ihre Wirksamkeit noch durch Einfuhrverbote zu verschärfen, sparte er jedoch nicht mit Kritik (siehe Morgenstern 10. Apr. 1932). Seine Meinung über die wirtschaftspolitische Expertise Kienböcks war denkbar schlecht – auch wenn sie von seiner Geringschätzung für andere Vertreter der österreichischen Wirtschaftspolitik spielend übertroffen wurde. Immerhin folgte Kienböck bei der Einführung des Transfermoratoriums für Auslandsschulden im Juni 1932 den Empfehlungen, die Morgenstern zur technischen Durchführung gegeben hatte.³⁰ Charakteristischerweise entzog sich Machlup, der stets größere Distanz zu den für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen gewahrt und die Idee des Moratoriums prinzipiell abgelehnt hatte, einer Mitwirkung bei solchen Detailfragen.³¹ Als schließlich 1932 Probleme zweier weiterer Banken (des *Wiener Bankvereins* und der *Niederösterreichischen Escompte-Gesell-*

²⁹ Ebenso schloss sich Morgenstern (8. Mai 1932) mit nur wenigen Einwänden den Argumenten in Rosts Quartalsbericht für den Völkerbund an.

³⁰ Ein Artikel Morgensterns im *Tagblatt* (22. Mai 1932) ging auf ein Exposé zurück, das er für Kienböck verfasst hatte (D 22. Mai 1932), tatsächlich wurde der darin konzipierte Fonds nach den von Morgenstern entwickelten Vorgaben eingerichtet. Trotzdem notierte er nach dem Zusammentreffen in sein Tagebuch: „Der größte Ignorant scheint Kienböck zu sein“ (D 26. Mai 1932).

³¹ Siehe Machlup (n.d. [Mai 1932?]).

schaft) offenkundig wurden, war es wiederum Morgenstern, der – gemeinsam mit Mises und van Hengel – vergeblich eine harte Linie vertrat und dafür plädierte, die Banken in Konkurs gehen zu lassen (D 31. Okt 1932). Kienböck, von Rost unterstützt, setzte sich jedoch mit der von ihm favorisierten Lösung, der Gründung einer von der *OeNB* und der Regierung finanzierten Treuhandgesellschaft, durch.³²

Die Debatte über die nach einer Abschaffung der Devisenbewirtschaftung zu verfolgende Wechselkurspolitik bietet ein weiteres Beispiel für die Interaktionen zwischen ökonomischer Theorie und Politikberatung. Da nach der Einführung der Devisenbewirtschaftung der Schilling an den freien Devisenmärkten (wie etwa in Zürich) bis zu 30% an Wert verloren hatte, stand die Währungspolitik vor der Entscheidung, entweder durch Deflation, d.h. eine Einschränkung des Geldumlaufs, den Schilling wieder auf das alte Paritätsniveau zu bringen oder die Abwertung auf einen niedrigeren Kurs hinzunehmen. Bis Mitte 1932 war unter den Ökonomen der Konsens für eine Deflationspolitik einhellig: Morgenstern (3. Feb. 1932), Hayek in einer Rede vor dem *Industriellen Club* (Anon. 2. März 1932), und Mises in zwei Vorträgen in der Wiener Handelskammer im März und Oktober 1932 (Mises 2002, ch. 28, und 2003, 146–53)³³ vertraten diese Position. Statistische Untersuchungen des Konjunkturinstituts zeigten jedoch, dass sich seit der von der freien Kursentwicklung abweichenden offiziellen Fixierung der Parität eine „Preisschere“ gebildet hatte: Die österreichischen Preise hatten sich dem niedrigeren tatsächlichen Kurs des Schillings (oder anders ausgedrückt, dem höheren in Schilling ausgedrückten Goldpreis auf den freien Märkten) angepasst und waren im Gegensatz zu den sinkenden Weltmarktpreisen weitgehend starr geblieben.³⁴ Angesichts dieses Umstandes und der offenkundigen Rigidität in der Struktur der österreichischen Preise begannen die Ökonomen ihre Position zu überdenken. Nach und nach wurde die Fixierung des Schilling auf einer niedrigeren Parität, wenn auch mit moralischem Widerstreben,³⁵ als eine Anerkennung der Tatsache einer vorangegangenen (und nicht als Signal einer künftigen) Inflation akzeptiert, allerdings unter der kritischen Bedingung, dass die neue Parität glaubwürdig gemacht werden

³² Siehe Berger (2000, 263–75) und Kienböck (1995, 53–54).

³³ Siehe auch den Bericht im *Neuen Wiener Tagblatt* („Das Währungsproblem. Ein Gutachten der Wiener Handelskammer“, 25. März 1932, 12).

³⁴ Siehe Morgenstern (8. Mai 1932), wo er sich auf einen wohl von ihm selbst verfassten Artikel in den *Monatsberichten* des Instituts (Anon. 1932) bezieht. – Anders formuliert besagte diese Preisschere, dass der reale Wechselkurs, berechnet auf der Grundlage der freien Kursbildung stabil geblieben war, berechnet mit der offiziellen Parität jedoch aufgewertet hatte.

³⁵ So nennt z.B. Strigl (29. Mai 1932) die Deflationspolitik „die ehrlichere und schon darum die bessere“.

müsse.³⁶ Morgenstern (1. Aug. 1932) befürwortete insbesondere die Kombination einer Abwertung mit einer moderaten Kreditrestriktion, sodass eine neue Parität gehalten werden könne, die über der des freien Marktes liege. Die tatsächlich von der Zentralbank betriebene Politik kam diesem Vorschlag recht nahe:³⁷ Nach einer allmählichen Lockerung der Bewirtschaftungsmaßnahmen wurde der Schilling (formal erst 1934) auf einem Niveau von etwa 20% unter der alten Parität festgesetzt, von dem in der Folge nicht mehr abgewichen wurde.

Diese Zeit der schrittweisen Abschaffung der Devisenbewirtschaftung und der Fixierung der Schillingparität war es auch, in der eine Annäherung zwischen Morgenstern und Kienböck und ihrer vormals gegensätzlichen Standpunkte zu beobachten war. Dies war von umso größerer Bedeutung, als Kienböck mehr und mehr die österreichische Wirtschaftspolitik im allgemeinen, nicht bloß die Währungspolitik, zu dominieren begann.³⁸ Auf der einen Seite resultierte diese Annäherung daraus, dass sich Kienböck zunehmend einer kompromisslosen Politik der harten Währung und, soweit sein Einfluss reichte, der Budgetsanierung verschrieb. Auf der anderen Seite mäßigte Morgenstern seine Kritik und war auch in dem Ausmaß, als das Konjunkturinstitut in die konkrete Beratungstätigkeit involviert wurde, zu einer pragmatischen Sicht der Dinge bereit. Als Beispiel mag darauf verwiesen werden, dass er noch 1932 eine Auslandsanleihe als unnötig und sogar schädlich bezeichnet hatte (Morgenstern 10. Apr. 1932).³⁹ Nun aber nach der Aufbringung der Lausanner Anleihe sah er sie (und die begleitenden Maßnahmen der Regierung) als ein geeignetes Mittel, um monetäre Stabilität zu sichern – dies allerdings unter der Voraussetzung, dass die Anleihe allein für die Stärkung der Währungsreserven der *OeNB* verwendet und nicht für die Finanzierung von Staatsausgaben missbraucht würde (Morgenstern 12. Aug. 1933). Diese Beurteilung teilte er im Übrigen mit anderen Ökonomen, so auch mit Mises, der schon zuvor (2002, ch. 29)⁴⁰ die Anleihe insofern be-

³⁶ Siehe z.B. Strigl (29. Mai 1932) und Machlup (n.d. [Juli 1932?], im *Tagblatt* nicht abgedruckt). Die Glaubwürdigkeit sollte unter anderem durch die Gültigkeit der Goldklauseln gefördert werden.

³⁷ Viktor Brauneis, der Generaldirektor der *Oesterreichischen Nationalbank*, hatte positiv auf die von Morgenstern in seinem Artikel dargestellte Option reagiert (siehe Brauneis an Morgenstern, 5. Aug. 1932, OMP 4).

³⁸ Dies war etwa das Urteil von Richard Schüller, einem der Österreichischen Schule nahestehenden hohen Beamten des Handelsministeriums (siehe Nautz 1990, 173–74).

³⁹ Die Kontroverse um die Anleihe hatte freilich wegen der im Lausanner Protokoll enthaltenen Klausel, die das Verbot von Österreichs Anschluss an das Deutsche Reich bekräftigte, auch eine wesentliche nicht-ökonomische Komponente.

⁴⁰ In einer Rede vor der Handelskammer am 25. Juli 1932; siehe auch den Bericht im *Neuen Wiener Tagblatt* („Wirtschaft und Anleihe. Stellungnahme der Handelskammern“, 27. Juli 1932, 9–10).

grüßt hatte, als sie die für die Umsetzung von Reformen benötigte „Atempause“ gewähre.⁴¹ Jedenfalls häuften sich nun die Gelegenheiten, bei denen sich Morgenstern mit Kienböck in völliger Übereinstimmung befand.⁴² Es ist wohl nicht bloßer Zufall, dass Morgenstern zur gleichen Zeit seine Zusammenarbeit mit dem *Tagblatt* beendete, vielleicht weil er die dort geäußerte Kritik mit seiner neuen Funktion als Berater nicht mehr vereinbar fand.

Bezeichnenderweise war Anfang der 1930er-Jahre – gegengleich zum Aufstieg Morgensterns – der Einfluss Gottfried Kunwalds, eines zuvor bedeutsamen Akteurs der österreichischen Wirtschaftspolitik, geschwunden. Kunwald war vor allem unter der Kanzlerschaft Ignaz Seipels, den er 1922/23 bei der Genfer Stabilisierung des Schilling nach der Hyperinflation beraten hatte, eine wichtige Rolle zugekommen. Nun aber, da er die Hartwährungspolitik scharf kritisierte und seine eigene Theorie der Geld- und Kreditwirtschaft (Kunwald 1934) als Gegenentwurf zur liberalen Position veröffentlichte, war Kunwald bereits zu einem Außenseiter im politischen Prozess geworden.⁴³

Morgenstern und der Hauptverband der Industrie

Die Entschlossenheit Morgensterns, auch zum Vorteil des Instituts und seiner Finanzen, eine bestimmende Rolle in der österreichischen Wirtschaftspolitik einzunehmen, spiegelt sich in einer Fülle von Aktivitäten, insbesondere 1932/33. In dieser Zeitspanne initiierte er unter anderem eine Reihe von einschlägigen Diskussionsrunden. Die umfassendste dieser Veranstaltungen war eine Reihe von „Konferenzen“, die sich mit aktuellen Problemen der österreichischen Wirtschaftspolitik befassten. Die erste dieser Konferenzen am 11. Jänner 1932 war von Rost (und Morgenstern) vorbereitet worden, als Gastgeber fungierte der Bankier und Ökonom Karl Schlesinger.⁴⁴ Daneben nahm Morgenstern auch an den Treffen der „Meinl-Gruppe“ teil, die von Meinl und Schechner organisiert wurden. In diesem Kreis waren vor allem Ökonomen des liberalen Lagers (z.B. Mises, Machlup und Strigl) und Funktionäre der Wirtschaftskammer (z.B. Ernst Geiringer) anzutreffen. Als eine Art Ableger dieser Zusammenkünfte schlugen Morgenstern und Meinl vor, beim *Hauptverband der Industrie*, einer die österreichi-

⁴¹ Das stellte die Mehrheitsposition innerhalb der Handelskammer dar, allerdings empfahl eine Minderheit (die Kammern Kärntens, Tirols und Salzburgs), die Lausanner Anleihe abzulehnen.

⁴² Zum Beispiel in der Frage der Anleihe und der Währung (D 14. Okt 1933); später meint Morgenstern noch eindeutiger: „Jetzt kann man ihn in *so* vielen Dingen zustimmend zitieren.“ (D 13. Nov. 1934; Hervorhebung im Original)

⁴³ Zu Kunwald siehe Weissensteiner (2004) und die gegenteilige Charakterisierung durch Mises (1978, 51–53).

sche Industrie repräsentierenden Interessenvertretung,⁴⁵ ein nach dem Vorbild der britischen „Royal Commissions“ gebildetes Komitee einzurichten. Eine Sitzung dieses Komitees im Mai 1932 wurde vom Industriellen Anton Apold⁴⁶ veranstaltet, zwischen November 1932 und April 1933 folgten vier weitere dieser Konferenzen mit einem zum Teil veränderten Teilnehmerkreis.⁴⁷

Die Themen, die bei diesen Treffen diskutiert wurden, waren weitgespannt und umfassten alle Bereiche der Wirtschaftspolitik. Auf die mit der Währungspolitik zusammenhängenden Probleme der Devisenbewirtschaftung und des Wechselkurses ist bereits oben genauer eingegangen worden. Daneben genoss für die Industrie natürlich die Frage Priorität, durch welche Maßnahmen die Produktionskosten gesenkt und die Wettbewerbsfähigkeit und Profitabilität der Industrie wieder hergestellt werden könne. Dafür schienen sich in erster Linie Senkungen der Steuern und Soziallasten sowie der Löhne anzubieten. Der Spielraum für wirksame Maßnahmen erwies sich jedoch als gering: Morgenstern hielt die Einschätzungen der meisten Teilnehmer (auch die Rosts und Kienböcks) über die Budgetlage für weitaus zu optimistisch und hinsichtlich der Wirksamkeit von Lohnkürzungen hegte er starke Zweifel – im Gegensatz zu Mises und Machlup, für die niedrigere Löhne den einzig gangbaren Ausweg aus der Depression darstellten.⁴⁸ Trotzdem teilte er die Sicht, das Problem der österreichischen Industrie sei primär ein Kostenproblem.⁴⁹ Im Hinblick auf die Handelspolitik waren die Meinungen unter den Anwesenden gespalten. Morgenstern schloss sich bei dieser Frage der Meinungsgruppe und den austroliberalen Ökonomen an, die für mehr Handelsfreiheit plädierten, wohingegen Apold und andere Industrielle sehr zu Morgensterns Missfallen eine protektionistische Linie verfolgten.⁵⁰ Als Beispiel für einen direkten Einfluss dieser Aktivitäten auf wirt-

⁴⁴ Unter den Teilnehmern dieser ersten Konferenz befanden sich (neben Schlesinger) Brauneis, Bruins, Rost, Grätz und die Bankiers Victor Bloch, Emil Kux und Alexander Weiner.

⁴⁵ Der daneben bestehende *Industrielle Club* galt als kleiner und exklusiver. Siehe Haas (1979, 110).

⁴⁶ Apold war Generaldirektor der *Alpine Montan*, einer Firma der österreichischen Stahlindustrie, die sich im Eigentum der deutschen *Vereinigten Stahlwerke* befand; siehe auch unten.

⁴⁷ Die Gastgeber dieser vier Konferenzen waren Alexander Hryntsck, der als Abgeordneter die industriellen Interessen innerhalb der Christlichsozialen Partei vertrat, Apold, Schechner und Alfred Götzl, der Direktor der *Garvenswerke*, einer Firma aus der Maschinenindustrie; zu den regelmäßigen Teilnehmern zählten unter anderem van Hengel, Kienböck und Rost.

⁴⁸ Siehe Morgenstern (D 25. Nov. und 26. Dez. 1932); siehe auch Apolds Plädoyer für Auflockerung und Kostensenkungen in einer Rede vor dem *Industriellen Club* (Apold 1933).

⁴⁹ Siehe Morgenstern (28. Feb. 1933).

⁵⁰ Zum Beispiel befürwortete Apold, dessen Firma auch im Bergbau tätig war, die Initiative der Regierung für ein Kohlen-Einfuhrverbot, während Meinl, für dessen Geschäft der Import von Kaffee große Bedeutung besaß,

schaftspolitische Maßnahmen kann auf Grundlage der vorliegenden Dokumente⁵¹ die Intervention von Morgenstern und einigen Industriellen angeführt werden, bei der es darum ging, wie die Rückzahlung von in Auslandswährung bzw. in Gold denominierten Schulden durch Private geregelt werden sollte. Tatsächlich führte, nachdem zunächst die Gültigkeit von Gold- und Valutenklauseln im Prinzip aufrecht erhalten wurde, die von der Regierung erlassene Goldklauselverordnung zu einer weitgehenden Abmilderung in der tatsächlichen Handhabung. Neben solchen Einzelmaßnahmen wurden in diesen Kreisen im Übrigen auch die politischen Vorbedingungen für eine Lösung der Wirtschaftskrise debattiert – eine Mehrheit war davon überzeugt, dass in einer parlamentarischen Demokratie die für eine Krisenbewältigung unumgänglichen radikalen Schritte nicht durchgesetzt werden könnten und daher die Rettung aus der Krise nur durch ein autoritäres Regime möglich sei, wie es sich nach dem März 1933 in Österreich bereits im Entstehen befand.⁵²

Ein weiteres Projekt, an dessen Zustandekommen Morgenstern zu jener Zeit beteiligt war, war ein von industrieller Seite propagierter Ankurbelungsplan. Wie auch in vielen anderen Ländern herrschte in Österreich kein Mangel an Plänen für öffentliche Arbeiten oder andere öffentliche Ausgaben als ein Rezept gegen die Depression.⁵³ 1932/33 begannen nun auch einige der in den oben genannten Kreisen aktive Industrielle, gemeinsam mit Morgenstern als wissenschaftlichem Berater, an einem solchen Ankurbelungsplan zu arbeiten. Das damit befasste Komitee wurde von Hans Altmann, dem Generaldirektor der *Elin*, einer Firma der Elektroindustrie, geleitet.⁵⁴ Die „Ankurbler“, wie sie Morgenstern etwas herablassend nannte, trafen einander regelmäßig zwischen September 1932 und Jänner 1933, und im Endstadium wurde der Plan einzelnen Mitgliedern der Regierung vorgelegt, die zu gleicher Zeit ein Gesetz über produktive Arbeitslosenfürsorge beriet.⁵⁵ Schließlich wurde der „industrielle Arbeitsbeschaffungsplan“ am 10. Februar 1933 in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsen-

nicht bloß für den Freihandel im allgemeinen, sondern auch für eine Senkung der Kaffeezölle im besonderen eintrat. Siehe Morgenstern (D 3. Nov. 1932) und zum Kaffeezoll Schechner (1932).

⁵¹ Siehe Morgenstern (D 12., 15. und 19. März 1933).

⁵² Siehe Haas (1979, 110–23). Zur Position von Morgenstern vgl. Klausinger (2005b, Abschnitt 3).

⁵³ Erwähnt seien z.B. der Plan von Deutsch und Vertés (1932) und ein Programm der Arbeiterkammer; siehe die Kritiken von Haberler (5. Nov. 1932) und Machlup (4. März 1933). Zum Deutsch-Vertés-Plan siehe auch Butschek (1997).

⁵⁴ Die anderen Mitglieder des Komitees waren Anton Apold und Eugen Herz (*Alpine Montan*), der Architekt Bruno Bauer, Ernst Geiringer (*Jute, Hanf & Textil*, eine Gesellschaft innerhalb des *Creditanstalt*-Konzerns), Alfred Götzl (*Garvenswerke*) und Martin Kink (von der Baufirma *Porr*).

tiert.⁵⁶ Der Hauptpunkt des Plans war eine an die Firmen zu leistende Lohnsubvention für neu eingestellte Arbeiter in der Höhe der doppelten Arbeitslosenunterstützung. Die Höhe des Betrags wurde dadurch gerechtfertigt, dass in Anlehnung an die Idee des Multiplikatoreffekts davon ausgegangen wurde, die primäre Beschäftigung in der Investitionsgüterindustrie würde (im Verhältnis 1:1) eine sekundäre Beschäftigung in der Konsumgüterindustrie nach sich ziehen.⁵⁷ Die Gewährung der Lohnsubvention sollte noch an zusätzliche Voraussetzungen gebunden werden, eine Mindestgröße des Projekts von 1000 Beschäftigten, die Bedingung, dass neue Projekte nicht in Konkurrenz zu bereits bestehenden Anlagen treten sollten, und dass durch Importrestriktionen geschützte Wirtschaftszweige von der Subventionierung auszuschließen seien – Bedingungen, die im Großen und Ganzen den Interessen der Proponenten entgegenkamen.⁵⁸

Angesichts der Tatsache, dass unter den österreichischen Ökonomen die Ablehnung von Ankurbelungsmaßnahmen ebenso weit verbreitet wie das Konzept des Multiplikators oder der sekundären Beschäftigungswirkung verpönt war,⁵⁹ erwies sich Morgensterns Rolle in diesem Projekt als heikel. In der internen Diskussion mit Altmann hatte er den Deutsch-Vertés-Plan vehement abgelehnt und bei anderer Gelegenheit bemerkte er, es wüssten „alle Leute, daß ich die Idee vom nachgezogenen Konsumarbeiter für unbeweisbar halte“ (D 26. Dez. 1932). Trotz seiner Zweifel hatte Morgenstern allerdings gute Gründe – wie unten gezeigt werden wird –, sich nicht allzu auffällig von dem Projekt zu distanzieren, und er war daher in der Öffentlichkeit zu diplomatischen Formulierungen gezwungen. Obwohl Mitglied des Proponentenkomitees fiel seine Unterstützung – ob in einer Diskussion im *Industriellen Club* (siehe D 12. Feb. 1933) oder in einem anonymen *Tagblatt*-Artikel (12. Feb. 1933) – jedenfalls eher lau aus. In erster Linie verteidigte er an dem Plan das Fehlen jeglichen Inflationismus, da er weder an eine Kreditexpansion gekoppelt sei noch eine Defizitfinanzierung der Subventionen

⁵⁵ Morgenstern berichtet von Treffen mit dem Handelsminister, Guido Jakoncig (D 9. Dez. 1932), dem Finanzminister, Emanuel Weidenhoffer (D 18. Dez. 1932), und dem Minister für Soziale Angelegenheiten, Josef Resch (D 15. Feb. 1933), die ihn allesamt nur wenig beeindruckten.

⁵⁶ Für eine Beschreibung des Plans siehe *Neues Wiener Tagblatt* („Industrieller Arbeitsbeschaffungsplan“, 11. Feb. 1933, 11–12); vgl. auch Weber-Felber (1990, 229–30).

⁵⁷ Tatsächlich war dieser Teil des Plans zunächst unklar. In einer ersten Version war nicht der doppelte, sondern der vierfache Betrag der Arbeitslosenunterstützung als Subvention vorgesehen gewesen, und zwar mit dem Argument, ein primärer Arbeiter in der Investitionsgüterproduktion würde zunächst dort die Beschäftigung eines sekundären Arbeiters bewirken und sodann beide gemeinsam die Beschäftigung von zwei sekundären Arbeitern in der Konsumgüterproduktion. Siehe hierzu die im *Österreichischen Volkswirt* 25, 21 („Neuer Arbeitsbeschaffungsplan“, 18. Feb. 1933, 474–75) geäußerte Kritik.

⁵⁸ Siehe Weber-Felber (1990, 229).

vorsehe.⁶⁰ Das Schicksal des Projekts bestätigte allerdings Morgenstern in dem, was er schon nach einem Treffen mit Jakoncig vorausgesehen hatte, nämlich es würde alles in „einem Pal-lawatsch“ enden (D 19. Jan. 1933).⁶¹

Nicht nur hatte sich Morgenstern zu dieser Zeit einen ansehnlichen Ruf als Wirtschaftsexperte erworben, er war auch – zumindest gerüchteweise – als Kandidat für manche wichtige Position im Gespräch. Neben seiner erfolgreichen Tätigkeit in den diversen Zirkeln um Altmann, Apold, Meinl, Schechner und anderen musste er aber auch empfindliche Rückschläge erleiden. Eine im Zusammenhang mit dem Vorigen aufschlussreiche Episode ist jene, wie Morgenstern *nicht* Generalsekretär des *Hauptverbandes* wurde, eine Affäre, die zeitlich mit der Präsentation des Ankurbelungsprojekts zusammenfiel.

Als Ergebnis von Morgensterns weitreichenden Verbindungen zu prominenten Industriellen hatte ihm im Oktober 1932 Ludwig Urban, der Präsident des *Hauptverbandes*, die Position eines wirtschaftlichen Beraters im Verband, gleichzeitig mit der Leitung eines kleinen wissenschaftlichen Büros, angeboten, eine Position, die Morgenstern allenfalls auch neben der Arbeit im Konjunkturinstitut ausüben sollte.⁶² Noch während der Diskussion dieses Vorschlags im *Hauptverband* wurde die Idee einer tiefer greifenden Reorganisation geboren, als deren Folge Morgenstern den gegenwärtig amtierenden Generalsekretär, Gustav Weiß-Wellenstein, damals bereits in den Siebzigern, hätte ablösen sollen. Weiß-Wellenstein wiederum zählte zu den „lieben guten Freunden“ und liberalen Mitstreitern von Mises (siehe 1978, 54), sodass diese Bestrebungen die ohnehin stets gespannten Beziehungen zwischen Mises und Morgenstern weiter strapazierten. Zum Jahreswechsel 1932/33 tauchten erste Hindernisse für Morgensterns Ernennung auf: Zunächst erfuhr die Presse von der geplanten Reorganisation,⁶³ wodurch der Schwung der Reformen erheblich gedämpft wurde; dann fielen die internen Verhandlungen im *Hauptverband* mit der Präsentation des umstrittenen Ankurbelungsplans zusammen – was Morgenstern einiges an Kompromisswilligkeit abverlangte; und zuletzt wurde angeregt, Morgenstern möge sich durch einen Vortrag auch jenen Mitglie-

⁵⁹ Siehe oben, Abschnitt 2.

⁶⁰ Im Gegensatz zu Machlup (19. Feb. 1933), der keinen Anlass hatte, mit seiner Meinung zurückzuhalten, und den Plan scharf kritisierte.

⁶¹ Über Initiativen zur Arbeitsbeschaffung seitens der Regierung im Jahr 1933 siehe Weber-Felber (1990, Kap. 7).

⁶² Siehe D (30. Okt. und 15. Nov. 1932).

⁶³ Siehe die Berichte in der *Neuen Freien Presse* (13., 14. und 16. Dez. 1932); zu Morgensterns Reaktion siehe D (13. Dez. 1932).

dern vorstellen, die ihn noch nicht persönlich kannten⁶⁴ – als dieser Vortrag dann (am 22. Februar 1933) zustande kam, war er offensichtlich kein großer Erfolg.⁶⁵ Ab diesem Zeitpunkt begann für Morgenstern alles schief zu laufen. Eine Einigung über seine Bestellung zum Generalsekretär war bereits durch eine Auseinandersetzung zwischen Apold und Urban erschwert worden. Darin ging es unter anderem darum, wieweit die Industrie auf eine autoritäre Lösung der wirtschaftlichen und politischen Krise dringen und sich gleichzeitig auch gegen den „agrarischen Kurs“ der Regierung wenden sollte – in beiden Fällen befürwortete Apold eine radikalere Vorgangsweise. Als Folge des Konflikts waren Apold und die *Alpine Montan* bereits im Jänner aus dem *Hauptverband* ausgetreten.⁶⁶ Auch in der Handelsfrage war der *Hauptverband* tief zwischen Anhängern eines freihändlerischen und eines protektionistischen Kurses gespalten und nicht dazu im Stande, in Gesprächen mit der Regierung eine einheitliche Position zu vertreten.⁶⁷ Morgenstern galt der Presse, als die Öffentlichkeit schließlich im Februar 1933 von seinen Ambitionen erfuhr, als Kandidat der Freihändler.⁶⁸ Zum gleichen Zeitpunkt wurde Schechner, einer von Morgensterns Mentoren, in einen Steuerskandal verwickelt, der der rechtsradikalen Presse als willkommenen Anlass für eine anti-semitische Kampagne diente.⁶⁹ Nach immer weiteren Verzögerungen – möglicher Weise hervorgerufen durch den Widerstand von Weiß-Wellenstein und dem geschäftsführenden Vizepräsidenten, Robert Ehrhart – versuchte Morgenstern eine Entscheidung herbeizuführen, indem er es von sich aus ablehnte weiter zuzuwarten. Der Versuch, dadurch den in diesen Wochen von Wien abwesenden Präsidenten zu einer dezidierten Stellungnahme herauszufordern, scheiterte allerdings, da Morgensterns gegenüber Ehrhart formulierte Ablehnung noch am gleichen Tag (am 3. März 1933) den Weg in die Presse fand und damit nicht mehr zurückgenommen werden konnte.⁷⁰

⁶⁴ Den „Provinzlern“ (Morgenstern D 25. Jan. 1933).

⁶⁵ Siehe D (26. Feb. 1933). Der Vortrag wurde in *Die Industrie* (Morgenstern 3. März 1933), der Wochenschrift des *Hauptverbands*, veröffentlicht.

⁶⁶ Siehe Haas (1979, 116–23).

⁶⁷ Siehe z.B. die in *Die Industrie* 38, 3 („Vorsprache der Industrie bei Handelsminister Dr. Jakoncig“, 21. Jan. 1933, 4) wiedergegebene Debatte.

⁶⁸ Siehe *Die Stunde* („Große Personalveränderungen beim Hauptverband“, 3. Feb. 1933, 1, und „Sinnwidrigkeit der Einfuhrverbote“, 11. Feb. 1933, 2). Morgenstern reagierte mit einem Artikel in der konservativen *Reichspost* (Morgenstern 28. Feb. 1933; siehe auch D 7. und 27. Feb. 1933). Die *Reichspost* sah sich veranlasst, den Artikel damit einzuleiten, dass sie Morgenstern als „ein[en] Balte[n] aus alter deutscher Familie“ vorstellte.

⁶⁹ Siehe z.B. Artikel in der *Deutschoesterreichischen Tageszeitung* (5. März 1933) und in der *Freiheit!* (6. und 7. März 1933).

⁷⁰ Siehe *Die Stunde* („Der Hauptverband der Industrie für Hochschutzzoll“, 5. März 1933, 2), wo darauf hingewiesen wurde, Morgensterns liberale Einstellung habe ihn in Konflikt mit der protektionistischen Position der Mehrheit im *Hauptverband* gebracht. Morgenstern erzählt die Geschichte aus seiner Sicht (in D 4. März 1933).

Als Resultat behielt Weiß-Wellenstein seine Position, bis er im Oktober 1933 in den Vorstand des *Hauptverbands* aufrückte, der im darauf folgenden Jahr aufgelöst und in den *Bund der Industrie* (als Institution des Ständestaates) übergeführt wurde. Für Morgenstern wurde der Misserfolg noch dadurch verschlimmert, dass er in dessen Gefolge zur Zielscheibe von Angriffen der Tageszeitung der österreichischen Nazis wurde, die ihn als Juden, Manchester-Liberalen, als Schüler von Mises und als Protegé Schechners beschimpfte.^{71,72}

Morgensterns Reaktion auf diese unerquickliche Affäre bestand darin, seine Kontakte zum *Hauptverband* und ebenso zu Apold zu lockern. Diese kamen aber noch einmal ans Licht, und zwar wiederum in Zusammenhang mit einem gescheiterten Projekt. Nun im Sommer 1933 war Morgenstern in die Gründung einer privaten Treuhandgesellschaft⁷³ involviert, die die Finanzierung und Umstrukturierung bankrotter Firmen zum Ziel haben sollte. Bald aber geriet auch dieses Projekt in die Kritik, diesmal von „patriotischen“ konservativen Kreisen, die dahinter den Versuch Nazi-Deutschlands (oder den Nazis nahe stehender Personen) vermuteten, auf kaltem Wege Teile der österreichischen Industrie zu übernehmen.⁷⁴ In dieser Hinsicht entpuppte sich Morgensterns Naheverhältnis zu Apold als wenig hilfreich. Denn Apold war im Mai 1933 zum Präsidenten der *Merkurbank* ernannt worden, einer Bank mit notorisch guten Beziehungen zu den deutschen Nazis, wenig später wurde gegen ihn wegen der Unterstützung für deren österreichische Ableger ermittelt und 1934 wurde er schließlich wegen seiner angeblichen Verwicklung in den Juli-Putsch vorübergehend inhaftiert und danach in den Ruhestand versetzt.⁷⁵ Das Treuhandprojekt musste jedenfalls aufgegeben werden. Noch in der

⁷¹ Siehe *Deutschösterreichische Tageszeitung* („Die Kandidatur Dr. Morgensterns“, 10. März 1933, 12). Auf bereits zuvor umlaufende Gerüchte und auf Aufforderung des *Hauptverbands* hin hatte Morgenstern durch seinen Vater die Genealogie der Familie erforschen lassen, um seine „arische Herkunft“ zu belegen. Siehe D (12. Feb. 1933) und W. Morgenstern (1934).

⁷² Morgensterns Affäre trat gegenüber der zu gleicher Zeit, im März 1933, erfolgten Ausschaltung des österreichischen Parlaments in den Hintergrund.

⁷³ Diese ist nicht mit derjenigen *Treuhandgesellschaft* zu verwechseln, die durch die Fusion von *Wiener Bankverein* und der *Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft* zustande kam und zum Teil im Eigentum der *Nationalbank* stand.

⁷⁴ Siehe die Angriffe (z.B. „Nationalsozialistische Industrieoffensive“, 3. Sep. 1933, 1; „Zum Nazieinbruch in die Industrie“ und „Wozu ein separates Konjunkturforschungsinstitut?“, 10. Sep. 1933, 2; „Der ‚gebesserte‘ Morgenstern“, 1. Okt. 1933, 2) in *Sturm über Österreich*, der Wochenschrift der *Ostmärkischen Sturmsharen*, einer den Christlichsozialen nahe stehenden paramilitärischen Organisation unter der Führung des damaligen Justizministers (späteren Bundeskanzlers) Kurt Schuschnigg (siehe Morgenstern D 3. Sep. 1933 und passim). Bei seinen Versuchen, diese Angriffe auf ihn abzustellen, wandte sich Morgenstern übrigens an Kunwald mit der Bitte um Vermittlung zwischen ihm und Schuschnigg (siehe D 12. und 30. Sep., und 2. Okt. 1933).

⁷⁵ Nach Apolds *Gauakt* (162.242, *Archiv der Republik, Österreichisches Staatsarchiv*) war er 1934 der NSDAP und der SA beigetreten und hatte zuvor die österreichischen Nazis und den steirischen Flügel der *Heimwehr* finanziell unterstützt. In seinem Tagebuch (12. März 1934) nennt Rost Apold einen „österreichischen Nazi“

amerikanischen Emigration zeigte sich Morgenstern angesichts der Ereignisse nach dem „Anschluss“ darüber verwundert, wie viele „persönliche Feinde“ er innerhalb des *Hauptverbandes* habe.⁷⁶

Insgesamt zeigen diese beiden Misserfolge, wie Morgenstern im Zuge seines Aufstiegs zu einem wichtigen Akteur der österreichischen Wirtschaftspolitik in ein Netz widerstreitender Interessen und miteinander verfeindeter politischen Fraktionen geriet. Die Anfeindungen, denen er sich – wohl auch nicht immer grundlos – ausgesetzt sah, waren durchaus nicht auf ein Lager beschränkt. Sie kamen vielmehr von so verschiedenen Positionen wie jenen der Mises-Gruppe und der Bürokratie innerhalb des *Hauptverbandes*, von den österreichischen Konservativen, die ihn der heimlichen Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland verdächtigten, und von den Nazis, die ihn wiederum wegen seiner Nähe zum Liberalismus und zu Mises angriffen. Trotz Morgensterns notorisch schwierigem Temperament scheinen diese Attacken doch primär die Hindernisse und Beschränkungen widerzuspiegeln, denen sich wirtschaftspolitische Beratung zu jener Zeit typischerweise gegenüber sah.

Hartwährungspolitik und Auflockerung: Erfolg und Misserfolg.

Wenn wir Morgenstern nach diesen zwei ärgerlichen Affären 1933 verlassen und – nach einer einjährigen Lücke in seinem Tagebuch – ein Jahr darauf zu ihm zurückkehren, so werden wir dessen gewahr, dass sein Aufstieg zu einer einflussreichen Position dadurch nicht unterbrochen, sondern bloß umgelenkt worden ist: wir begegnen ihm nun nicht mehr als Repräsentant industrieller Interessen, sondern in führender Stellung in der Bürokratie des Ständestaates. Einen Nachweis dafür bietet die Vielzahl der offiziellen Positionen, die Morgenstern nun innehatte: Er war Mitglied der Delegation, die den Vertrag mit den Auslandsgläubigern der *Creditanstalt* aushandelte; er trat schließlich in die im Eigentum der *OeNB* stehende *Treuhandgesellschaft* ein; er wurde Konsulent der *Nationalbank* und des Handelsministeriums, das er besonders in Fragen der Verkehrspolitik, d.i. der Konkurrenz zwischen Bahn und Automobil beriet; schließlich wurde er – innerhalb der immer ungehinderter wuchernden Bürokratie – zum Mitglied einer neu gebildeten Preiskommission und eines interministeriellen Komitees ernannt. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung gelang es ihm, den Aufgabenbereich des Insti-

(siehe Berger 2000, 528), und Apolds Einstellung kann wohl auch für Morgenstern kein Geheimnis gewesen sein.

⁷⁶ Morgenstern an Haberler (28. Apr. 1938, GHP 65).

tuts über die Konjunkturforschung hinaus auszuweiten und dessen Finanzierung zu sichern.⁷⁷ Seine zunehmend bedeutsamere Rolle in der Wirtschaftspolitik verdankte sich natürlich auch der Tatsache, dass viele prominente Ökonomen Österreich verlassen hatten. Machlup war in die USA emigriert und hatte ein Angebot Meinls ausgeschlagen, sich von dort aus wieder stärker in der österreichischen Wirtschaftspolitik zu engagieren.⁷⁸ Hayek, als Professor an der London School of Economics, hielt sich ebenfalls von der österreichischen Politik fern, auch wenn er gelegentlich der Achse aus Kienböck, Draxler und van Hengel Lob für ihre verständige Finanzpolitik spendete.⁷⁹ Mises lehrte nun in Genf und war dadurch in Wien nicht mehr so präsent und einflussreich wie zuvor, auch fehlte ihm mit dem Bedeutungsverlust der Kammer im Ständestaat nun das Sprachrohr für seine Empfehlungen.

Dies ist der Hintergrund, vor dem wir uns nun der Debatte um Abwertung versus Auflocke- rung zuwenden, die sich im Gefolge des Zusammenbruchs des Goldblocks entsponnen hat. Als die Goldblockländer (Frankreich, Schweiz und die Niederlande) 1936 schließlich die Goldwährung aufgeben mussten, versetzte das Österreich in ein Dilemma. Um international nicht an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren, durfte sich die Relation zwischen den österreichi- schen Preisen und denen des Weltmarktes nicht verschlechtern, obwohl nun die mit der Auf- gabe der Goldparität einhergehende Abwertung ihrer Währungen den Goldblockländern einen Vorteil verschaffen würde. Die Alternativen bestanden in einer Abwertung des Schilling oder im Versuch, ähnlich wie er unter Brüning im Deutschen Reich unternommen worden war, die heimischen Preise zu senken. In Verfolgung ihrer Hartwährungspolitik entschieden sich Re- gierung und *Nationalbank* gegen eine Abwertung. Obwohl dies kurzfristig – dank anderweiti- ger Einflüsse⁸⁰ – nicht die befürchteten negativen Auswirkungen für die österreichische Wirt- schaft zeitigte, sehen viele (zeitgenössische und gegenwärtige) Kommentatoren darin (und in der Inaktivität der Wirtschaftspolitik im allgemeinen) eine letzte verpasste Chance für eine wirtschaftliche Erholung.

⁷⁷ Morgenstern erwähnt seine offiziellen Positionen im Tagebuch an zahlreichen Stellen. Zur Finanzierung des Instituts vgl. z.B. Craver (1986) und Fleck (2000).

⁷⁸ Siehe den Briefwechsel zwischen Machlup und Meinl im Jänner 1936 (FMP 53).

⁷⁹ Siehe Hayek an Haberler (3. Juni 1936, GHP 67). Während seiner Amtszeit als Finanzminister 1935/36 ver- folgte Ludwig Draxler einen kompromisslosen Kurs der finanziellen Austerität.

⁸⁰ Solche Einflüsse waren etwa die Belebung des österreichischen Exports infolge der erhöhten Nachfrage durch die allgemeine Aufrüstung und, insbesondere im Handel mit Italien, durch Österreichs Nichtteilnahme am Boy- kott nach dem Abessinien-Krieg.

Worin bestand nun Morgensterns Rat? Den Ausgangspunkt bildete die „Schere“ zwischen heimischen und Weltmarktpreisen, die vom Konjunkturinstitut regelmäßig berechnet wurde und der Morgenstern besondere Aufmerksamkeit schenkte. Daher wies er darauf hin, dass eine Hartwährungspolitik – die er einer Abwertung vorzog – nur dann Erfolg verspreche, wenn sie mit einer Politik der „Auflockerung“ mit dem Ziel, eine Senkung der heimischen Preise und daher eine Verringerung der Preislücke herbeizuführen, verbunden werde. Könnte eine solche Politik nicht durchgesetzt werden, dann wäre die zweitbeste Alternative tatsächlich die einer Abwertung. Als Argumente gegen eine Abwertung führte er die Belastung durch die in ausländischer Währung denominierten Schulden des Staates an und daneben „politische Gründe“. Damit bezog er sich wohl auf den bei infolge einer Abwertung steigenden Importpreisen bzw. Lebenshaltungskosten in Kauf zu nehmenden Rückgang der Real-löhne bzw. die daraus erwachsende Gefahr einer Agitation für Lohnerhöhungen, beides Szenarien, die die ohnehin schwierige politische Lage weiter verschärfen hätten können.⁸¹ Die Alternative von Abwertung oder Auflockerung hat Morgenstern wieder und wieder klar hervorgehoben, in persönlichen Gesprächen und schließlich auch in einer Denkschrift (Morgenstern 1936a), die er im November 1936 zirkulieren ließ und von der Teile auch in eine Veröffentlichung (Morgenstern 1936b) Eingang fanden. In allen diesen Äußerungen beharrte Morgenstern auf der außergewöhnlichen Dringlichkeit, mit der eine Politik der Auflockerung verfolgt werden müsse.

Im Gegensatz dazu stand allerdings der Rat Haberlers, der die Ereignisse aus dem Ausland beobachtete und offen eine Anbindung des Schilling an den abgewerteten französischen Franc befürwortete. Bereits früher hatte er diese Politik für den Fall vorgeschlagen, dass Frankreich die Goldparität verlassen würde (Haberler 4. Nov. 1933), und er hielt nun daran fest, weil er die ansonsten unumgänglichen Einkommenseinschränkungen für unzumutbar hielt. Aus seiner Sicht stellte die Abwertung eine Gelegenheit dar, die nicht verpasst werden sollte, während die Aufrechterhaltung der Parität ein Entschluss sei, der wahrhaft „heroisch“ zu nennen sei.⁸² Die Reaktion von Kienböck und Draxler auf diese brieflich vorgetragene Empfehlung abzuwerten war allerdings ungnädig.⁸³ Auch Mises spielte, kann man den Aufzeichnungen Morgensterns vertrauen, eine Rolle, die nicht ganz zu seinem erzliberalen Selbstverständnis

⁸¹ Morgenstern (1936b, 169) warnte auch (etwas dunkel) davor, eine Abwertung würde „unsere Bergbauern“ treffen.

⁸² Siehe Haberlers Briefe an Morgenstern (30. Okt, 20. Nov. 1936, 9. Jan. 1937 und n.d. [1937], OMP 5).

zu passen schien: Wohl empfahl er eine Hartwährungspolitik, forderte aber andererseits im Oktober 1936, diese durch die Gewährung von Subventionen an die besonders betroffenen Wirtschaftszweige zu ergänzen⁸⁴ – Morgenstern jedenfalls lehnte dieses Ansinnen ab.

Als Elemente der von ihm befürworteten Auflockerungsstrategie nannte Morgenstern die Lockerung der Außenhandelsrestriktionen, insbesondere der für spezifische Güter verhängten Einfuhrverbote, und die Erleichterung des Marktzutritts für neue Firmen, um auf diese Weise den Wettbewerb zwischen den heimischen Produzenten zu intensivieren.⁸⁵ In der ohnehin dicht regulierten österreichischen Wirtschaft bot sich für solche Eingriffe in die Preis- (und Lohn-)bildung die Schaffung neuer Institutionen an: das Konjunkturinstitut wurde fortan auch mit der Preisbeobachtung betraut und eine Preiskommission und ein ihr übergeordnetes interministerielles Komitee damit, Preissenkungen durchzusetzen.⁸⁶

Für Morgenstern ergab sich durch seine Mitarbeit in diesen Ausschüssen bald die Möglichkeit, Erfahrungen mit der Umsetzung der Auflockerungspolitik in der Praxis zu sammeln. Bereits in den ersten Sitzungen der Preiskommission stießen Vorschläge von Preissenkungen auf harten Widerstand der betroffenen Interessengruppen, insbesondere wenn es um die Preise landwirtschaftlicher Güter (wie etwa Zucker und Milch) ging.⁸⁷ Die oben erwähnte, von Morgenstern verfasste Denkschrift spiegelt schon die Verzweiflung wider, mit der er versuchte, den Prozess, der ihm zu langsam und zu unentschlossen voranging, zu beschleunigen. Die österreichische Wirtschaft erschien ihm zunehmend als „Morast“ (D 21. Nov. 1936). Die Opposition gegen die Zurücknahme von Einfuhrverboten und die Senkung von Preisen blieb aber hartnäckig. In einem Beitrag attackierte Morgenstern (26. Juni 1937), offenbar mit der Rückendeckung von Kienböck⁸⁸, die bestehenden Einfuhrverbote, setzte sich damit jedoch heftigster Kritik der Industrie aus.⁸⁹ Als zu guter Letzt mit Felix Feest noch ein deklarerter

⁸³ Siehe Haberler an Draxler (18. Dez. 1936) und die Repliken von Kienböck (an Haberler, 12. Dez. 1936 und 9. Feb. 1937, alle in GHP 65).

⁸⁴ Siehe Morgenstern (D 25. Okt 1936) und Morgenstern an Haberler (14. März 1937, GHP 65). Hier, wie auch in anderen Fällen, machen es fehlende Dokumente unmöglich, Morgensterns Aussagen unabhängig zu überprüfen.

⁸⁵ Siehe Morgenstern (1936a); Strigl (8. Mai, 5. Juni und 21. Nov. 1937) war ebenfalls an dieser Kampagne beteiligt.

⁸⁶ Siehe Morgenstern (1936a, 4).

⁸⁷ Siehe Morgenstern (D 31. Okt. 1936).

⁸⁸ Siehe Morgenstern an Haberler (14. März 1937, GHP 65).

⁸⁹ Siehe *Die Industrie* 42, 28 („Die Einfuhrverbote“, 9. Juli 1937, 6); ähnlich auch „Import um jeden Preis!“ (16. Juli 1937, 42, 29, 3).

Vertreter agrarischer Interessen zum Vorsitzenden der Preiskommission bestellt wurde, zog sich Morgenstern resignierend zurück, überzeugt dass seine Aktivitäten nun nutzlos geworden seien.⁹⁰ Im Endergebnis hatte die Wirtschaftspolitik nur die eine Hälfte von Morgensterns Rat angenommen: sie beließ den Wechselkurs des Schilling auf seiner Parität, die Preise und Kosten blieben aber so hoch und so starr wie zuvor.

Eine Rede Morgensterns (Morgenstern 1938) vor einer Sektion der *Vaterländischen Front* im Jänner 1938, als er sich bereits von der wirtschaftspolitischen Beratung zugunsten seiner wissenschaftlichen Karriere abgewendet hatte und knapp bevor er eine auf drei Monate geplante Gastprofessur in den USA antrat, enthält sein Resümee über die österreichische Wirtschaftspolitik.⁹¹ Nun warnte er davor, dass Österreichs Lebensfähigkeit viel mehr als von der Ausstattung mit Rohstoffen und Bodenschätzen davon abhängen würde, welche Richtung von der Wirtschaftspolitik eingeschlagen werde. Österreich könne wirtschaftlich nur überleben, wenn es sich von dem Abdriften in die „Autarkie“ und in eine „ungezügelter Pseudo-Planwirtschaft“ befreie und sich stattdessen stärker in die Weltwirtschaft integriere, durch einen freieren Handel, durch Öffnung der Märkte für mehr – heimischen und ausländischen – Wettbewerb, und ganz allgemein durch einen Kurs der „Erneuerung“. Diesen letzten Aufruf zu einer Auflockerungspolitik milderte Morgenstern nun nicht mehr durch seine Neigung zu Kompromissen und zu diplomatischen Formulierungen. Er kam in jedem Fall zu spät, auch weil alle ähnlichen Aufrufe zuvor erfolglos verhallt waren.

4. Morgenstern und die österreichische Wirtschaftspolitik der 1930er-Jahre. Ein Resümee.

Die vorangegangenen Überlegungen legen die folgenden Schlussfolgerungen nahe.

Den Ausgangspunkt bildeten die Ereignisse des Jahres 1931, als sich die österreichische Wirtschaftspolitik mit den angesichts der *Creditanstalt*-Krise ergriffenen Notmaßnahmen in mancher Hinsicht vom Regelwerk des Liberalismus abgewandt hatte. Die dadurch entstehende Konstellation führte zu gemeinsamen Anstrengungen liberaler Ökonomen, unter denen Morgenstern eine gewichtige Rolle einnahm, dieser Tendenz entgegenzuwirken und eine liberale

⁹⁰ „Es wird nichts herauskommen.“ (D 24. Juli 1937) Zu Feest und zur Preiskommission vgl. auch Matzl (1984, 145–46 und 149).

⁹¹ Als Morgenstern Österreich verließ, hatte er ein halbfertiges – seither verschollenes – Manuskript zur Geschichte der österreichischen Wirtschaftspolitik nach 1918 bei sich, das er im Auftrag der *Nationalbank* verfasst

Ordnung wiederherzustellen. Tatsächlich war in der von tiefer wirtschaftlicher Krise, der schleichenden Zerstörung des Parlamentarismus und der Rückkehr monetärer und finanzieller Stabilität gekennzeichneten Zwischenzeit von 1932 bis 1934 der von diesen Ökonomen auf Politiker und Vertreter internationaler Organisationen zugunsten einer Restauration liberaler Positionen ausgeübte Einfluss beträchtlich. Vor dem Hintergrund von Morgensterns Erfahrungen mit dem *Hauptverband* – und denjenigen von Mises in der Kammer – scheint es sogar, als sei die Politik dem Rat dieser Ökonomen zugänglicher gewesen als die Vertreter der Wirtschaft. Auf jeden Fall waren diese Aktivitäten insofern erfolgreich, als sie die konservativ geführten Regierungen, insbesondere auch die des Ständestaats, wiederum auf eine Geld- und Finanzpolitik zu verpflichten vermochten, die von der Mentalität des Goldstandards beherrscht wurde und einer gesunden Währung und einem ausgeglichenen Budget Priorität zumahnte. Allerdings ist hier der Vorbehalt einzuräumen, dass der behauptete Einfluss der Ökonomen, auch wegen der Kongruenz der Zielsetzungen, nur schwer gegen jenen abzuwägen ist, der von der Verhandlungsmacht der Auslandsgläubiger und der Finanzexperten des Völkerbundes ausging.

Der Erfolg Morgensterns und der Liberalen im Bereich der „Makroökonomie“ (um diesen anachronistischen Begriff zu gebrauchen) wurde jedoch konterkariert durch den Misserfolg in „mikroökonomischer“ Hinsicht, da die Forderungen einer Deregulierung der Industrie und besonders der Landwirtschaft ebenso wie einer Handelserleichterung an der Stände-Ideologie und deren anti-liberalem Geist scheiterten. Dieses Scheitern trat in der Endphase des österreichischen Staates klar zutage. Während die Hartwährungspolitik nicht einmal angesichts des Zusammenbruchs des Goldblocks und der Abwertung der Währungen der Goldblockländer in Frage gestellt wurde, blieb der Versuch einer Auflockerungspolitik als ihr notwendiges Gegenstück so gut wie erfolglos. Hier erwiesen sich die Argumente Morgensterns trotz ihrer Unterstützung durch wichtige Repräsentanten der Wirtschaftspolitik als machtlos, zu sehr liefen sie den organisierten Interessen der „Bünde“ zuwider, auf denen sich das Regime des Ständestaats gründete. Insofern symbolisierte Morgensterns resignativer Rückzug schon 1937 die endgültige Niederlage des Liberalismus, und die Kombination von Erfolg und Misserfolg seiner Politikberatung, die eine restriktive Geld- und Finanzpolitik zugleich mit hohen und

hatte (siehe Morgenstern an Haberler, 16. März 1938, GHP 65). Nach dem *Anschluss* wurde Morgenstern zur unerwünschten Person erklärt und kehrte nicht nach Österreich zurück.

starrten Preisen bewirkte, erzeugte als un intendierte Konsequenz ein sicheres Rezept für ein wirtschaftliches Desaster.⁹²

Hinsichtlich der Personen, die in der wirtschaftspolitischen Beratung besonders hervortraten, scheint die vorhandene, wenn auch unvollständige Evidenz die These zu stützen, dass im Zuge der gemeinsam initiierten Kampagne Morgenstern zunehmend eine zentrale Rolle einzunehmen begann. Im Gegensatz dazu gibt es kaum Belege für Mises' selbstbewusste Behauptung, „[es] war allein mein Verdienst ... dass die Inflation damals [1932] nicht weiter ging“, und ganz allgemein muss an der Tragfähigkeit einer Geschichtsschreibung der österreichischen Wirtschaft der 1930er-Jahre gezweifelt werden, die sich vorwiegend auf Mises' *Erinnerungen* stützt. Über Morgensterns Rolle lässt sich weiters feststellen, dass sie sich von der eines „externen Beobachters“ zu der eines „Mitspielers“ innerhalb der Bürokratie der Wirtschaftspolitik wandelte – anders als dies bei Machlup oder, nach 1934, bei Mises der Fall war. Man mag schließlich eine gewisse Ironie in dem Umstand entdecken, dass es ausgerechnet Morgenstern war, ein in vieler Hinsicht scharfer Kritiker der liberalen Theorie, der als letzter unter den Ökonomen für den liberalen Standpunkt in der Wirtschaftspolitik kämpfte – und diesen Kampf verlor. Dem Theoretiker Morgenstern mag aber immerhin durch seine Erfahrungen die immense Bedeutung von Koalitionen, Absprachen und Drohungen – wichtige Elemente der von ihm bald danach begründeten Spieltheorie – drastisch vor Augen geführt worden sein.

Literatur

(a) Allgemein

Anon. [Morgenstern, O.?] 1932. Rückblick auf das Jahr 1931. *Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung* 6, 2, 17–27.

Apold, A. 1933. Selbstkosten und Preise. *Mitteilungen des Industriellen Klubs* 357, 1–12.

Berger, P. 2000. *Im Schatten der Diktatur. Die Finanzdiplomatie des Vertreters des Völkerbundes in Österreich, Meinoud Marinus Rost van Tonningen, 1931–1936*. Wien: Böhlau.

Blumenthal, K. von 2006. *Economic Theorist and “Entrepreneur of Popularisation”*: *Schumpeter as Finance Minister and Journalist*. Vortrag auf der ESHET 2006 Conference in Porto.

⁹² Im Rückblick konzidierte Machlup (1982, 302), seine Politikempfehlungen in den 1930er-Jahren seien seiner „Unerfahrenheit mit Deflation und Inflexibilität von Löhnen nach unten zuzuschreiben“ gewesen.

- Butschek, F. 1997. Pre-Keynesianism in Austria. *History of Economic Ideas* 5, 107–19.
- Craver, E. 1986. Patronage and the directions of research in economics: The Rockefeller Foundation in Europe, 1924–1938. *Minerva* 24, 205–22.
- Deutsch, O., und Vertés, A. 1932. *Aufbau, nicht Abbau!* Wien.
- Ebeling, R.M. 2001. *The Economist as the Historian of Decline. Ludwig von Mises and Austria Between the Two World Wars*. mimeo.
- Ebeling, R.M. 2002. Introduction to Mises 2002, xiii–liii.
- Fleck, Ch. 2000. Die gescheiterte Gründung eines Zentrums für sozialwissenschaftliche Forschung in den 30er-Jahren in Wien. *Newsletter Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich* 20, 15–29.
- Grandner, M., und Traxler, F. 1984. Sozialpartnerschaft als Option der Zwischenkriegszeit? Liberal-korporatistisches Krisenmanagement am Beispiel der Wirtschaftskonferenz von 1930. In E. Fröschl und H. Zoitl, Hg., *Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen*. Wien: Wiener Verlagsbuchhandlung, 75–117.
- Haas, K. 1979. Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. *Jahrbuch für Zeitgeschichte* Jg. 1978, Wien, 97–126.
- Haberler, G. Papers. Hoover Institution Archives. Stanford University [abgekürzt: GHP].
- Haberler, G. 1933. *Der internationale Handel*. Berlin: Springer.
- Haberler, G. [1933?]. Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung in Österreich. Bericht erstattet an den Ausschuß „Arbeitsbeschaffung“ des Österreichischen Kuratoriums für Wirtschaftlichkeit. In *Gottfried Haberler Papers*, Box 64.
- Hagemann, H., und Krohn, C.-D., Hg. 1999. *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*. München: Saur.
- Hayek, F.A. 1929. *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*. Wien: Hölder-Pichler-Tempsky. (Nachdruck 1976. Salzburg: W. Neugebauer.)
- Hayek, F.A. 1931. *Prices and Production*. London: Routledge & Sons.
- Kernbauer, H. 1991. *Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit. Geschichte der Oesterreichischen Nationalbank von 1923 bis 1938*. Wien: Oesterreichische Nationalbank.
- Kienböck, M. 1995. Viktor Kienböck. *Christliche Demokratie. Zeitschrift des Karl von Vogelsang-Institutes* 12, 2, 3–72.
- Klausinger, H. 2004. “Two Minutes of Austrian Economics.” Fritz Machlup’s journalistic writings, 1932–1934. *Research into the History of Economic Thought and Methodology* 22-B, 97–130.

- Klausinger, H. 2005a. Die Austroliberalen und die Kampagne im *Neuen Wiener Tagblatt*. In Machlup et al. 2005, 11–35.
- Klausinger, H. 2005b. Von Mises zu Morgenstern. Der Austroliberalismus und der „Ständestaat“. *Zeitgeschichte* 32, 323–35.
- Klausinger, H. 2006. Der Austroliberalismus und die österreichische Wirtschaftspolitik in den 1930er Jahren. In R. Neck, Hg., *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie (Schriften der Karl Popper Foundation)*. Frankfurt/M.: Peter Lang (im Erscheinen).
- Kunwald, G. 1934. *Das Leben der Erwartungs- und Kreditwirtschaft*. Jena: Fischer.
- Leonard, R. 2004. “Between worlds,” or an imagined reminiscence by Oskar Morgenstern about equilibrium and mathematics in the 1920s. *Journal of the History of Economic Thought* 26, 285–310.
- Leube, K.R. 2002. Preliminary Remarks on Mises in Interwar Vienna. *ICER Working Paper*, no. 34.
- Machlup, F. Papers. Hoover Institution Archives. Stanford University [abgekürzt: FMP].
- Machlup, F. 1931. *Börsenkredit, Industriekredit und Kapitalbildung*. Wien: Julius Springer. (Nachdruck Frankfurt/Main: FAZ-Buch 2002.)
- Machlup, F. 1982. Währungsprobleme der Zwischenkriegszeit. Meine frühen Beiträge zu internationalen Währungsfragen. *Geschichte und Gegenwart* 1, 289–319.
- Machlup, F., Morgenstern, O., Haberler, G., Hayek, F.A. et al. 2005. *Wirtschaftspublizistische Beiträge in kritischer Zeit (1931–1934)*. Hgg. von H. Klausinger. Marburg: Metropolis.
- Mattl, S. 1984. Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933–1938. In E. Talos und W. Neugebauer, Hg., *Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 133–60.
- Meinl, J. 1932. *Sieg der Vernunft oder Katastrophe*, 2. Aufl., Wien.
- Meinl, J., und Schechner, K. 1932. *Sind die geplanten Steuer- und Zollerhöhungen notwendig? Zum Lausanner Abkommen*. Wien.
- Mises, L. 1924. *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, 2. Aufl., München-Leipzig: Duncker und Humblot.
- Mises, L. 1931. *Die Ursachen der Wirtschaftskrise*. Tübingen: Mohr.
- Mises, L. 1933. *Grundprobleme der Nationalökonomie*. Jena: Gustav Fischer.
- Mises, L. 1978. *Erinnerungen*. Stuttgart-New York: Gustav Fischer.

- Mises, L. 2002. *Between the Two World Wars: Monetary Disorder, Interventionism, Socialism, and the Great Depression (Selected Writings of Ludwig von Mises, volume 2)*. Hgg. von R.M. Ebeling. Indianapolis: Liberty Fund.
- Mises, L. 2003. *Der unbekannte Mises. Reden und Aufsätze zur österreichischen Wirtschaftspolitik der Zwischenkriegszeit*. Hgg. von K.R. Leube. Frankfurt/Main: FAZ-Buch.
- Morgenstern, O. Papers. Rare Book, Manuscript, and Special Collections Library. Duke University [abgekürzt: OMP].
- Morgenstern, O. 1932. Radio-Vortrag. Typoskript in *Oskar Morgenstern Papers*, Box 3.
- Morgenstern, O. 1934. *Die Grenzen der Wirtschaftspolitik*. Wien: Julius Springer.
- Morgenstern, O. 1936a. *Bemerkungen zur wirtschaftspolitischen Lage Österreichs im Hinblick auf die internationalen Abwertungen*. Typoskript (datiert 23. Nov.).
- Morgenstern, O. 1936b. Währung und Preise. *Österreichische Zeitschrift für Bankwesen* 1, 166–71.
- Morgenstern, O. 1936c. Konjunktur-Vortrag. Typoskript in *Oskar Morgenstern Papers*, Box 26.
- Morgenstern, O. 1937. Entstehung und Abbau der österreichischen Devisenbewirtschaftung. *Nationaløkonomisk Tidsskrift* 75, 34–56.
- Morgenstern, O. 1938. Die Bedingungen der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Österreichs, Typoskript (datiert Jan. 1938) in *Oskar Morgenstern Papers*, Box 22.
- Morgenstern, W. 1934. Familie Morgenstern. Typoskript in *Oskar Morgenstern Papers*, Box 74.
- Nautz, J., Hg. 1990. *Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller*. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Pallas, C. 2005. *Ludwig von Mises als Pionier der modernen Geld- und Konjunkturtheorie*. Marburg: Metropolis.
- Sandgruber, R. 1995. *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Wien: Überreuter.
- Schechner, K. 1932. *Ein Beitrag zu den „sachlichen Erwägungen“, die den Finanzminister veranlassen, neuerlich eine Erhöhung des Kaffeezolles zu beantragen*. Wien.
- Schubert, A. 1991. *The Credit-Anstalt Crisis of 1931*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Senft, G. 2002. *Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates, Österreich 1934–1938*. Wien: Braumüller.
- Stiefel, D. 1988. *Die große Krise in einem kleinen Land*. Wien: Böhlau.

Weber-Felber, U. 1990. *Wege aus der Krise: Freie Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik*. Wien-Zürich: Europa.

Weissensteiner, F. 2004. Dr. Gottfried Kunwald: Bundeskanzler Seipels Finanzberater und Freund. *Österreich in Geschichte und Literatur* 48, 208–26.

(b) Journalistische Beiträge

In Machlup et al. (2005) abgedruckte Beiträge sind mit einem Sternchen (*) gekennzeichnet; identifizierte Autoren anonymer Beiträge werden in eckigen Klammern angeführt.

Anon. 1932, 2. März.* Professor Dr. Hayek über Währungsprobleme. *Neues Wiener Tagblatt*, 12.

Haberler, G. 1932, 5. Nov. Mit oder ohne Inflation. Zu „Aufbau, nicht Abbau“. *Der Österreichische Volkswirt* 25, 6, 136–37.

Haberler, G. 1933, 12. Apr.* Der Kampf gegen das Handelsbilanzpassivum. *Neues Wiener Tagblatt*, 11–12.

Haberler, G. 1933, 4. Nov.* Die amerikanische Goldankaufspolitik. *Neues Wiener Tagblatt*, 11.

Kamitz, R. 1935, 4. Mai. Wandlungen in der Handelspolitik. *Der Österreichische Volkswirt* 27, 31, 604–8.

[Machlup, F.] 1932, 18. Feb.* „Währungspatriotismus.“ *Neues Wiener Tagblatt*, 2.

[Machlup, F.] 1932, 27. Feb.* Die thesaurierten Banknoten. *Neues Wiener Abendblatt*, 1.

[Machlup, F.] 1932, 17. Apr.* Alle wollen Häuser bauen. *Neues Wiener Tagblatt*, 10.

[Machlup, F.] 1932, 22. Mai.* Wenn die Bank kracht – fällt die Industrie? *Neues Wiener Tagblatt*, 10.

Machlup, F. n.d. [1932, Mai?].* Die Moral des Transfermatoriums. In *Fritz Machlup Papers*, Box 86, Mappe 5.

Machlup, F. n.d. [1932, Juli?].* Sie wissen nicht, was Inflation ist! In *Fritz Machlup Papers*, Box 86, Mappe 3.

[Machlup, F.] 1932, 2. Okt.* Einfuhr und Auslandverschuldung. *Neues Wiener Tagblatt*, 10.

[Machlup, F.] 1932, 8. Okt.* Zum Geburtstag der Devisenordnung. *Neues Wiener Tagblatt*, 1–2.

[Machlup, F.] 1932, 9. Okt.* Devisenbewirtschaftung. *Neues Wiener Tagblatt*, 10.

[Machlup, F.] 1933, 19. Feb.* 1:1 oder 1:2,3? *Neues Wiener Tagblatt*, 10.

[Machlup, F.] 1933, 4. März.* Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Arbeiterkammer. *Neues Wiener Tagblatt*, 12.

- Machlup, F. 1933, 13. Mai. Kostensenkung oder Kreditausweitung? *Der Österreichische Volkswirt* 25, 33, 780–82.
- [Machlup, F.] 1933, 26. Nov.* Die Verschiebung der Kaufkraft. *Neues Wiener Tagblatt*, 10.
- Morgenstern, O. 1931, 4. Okt.* Währungspolitik auf lange Sicht. *Neues Wiener Tagblatt*, 19–20.
- Morgenstern, O. 1931, 12. Nov.* Effektenanforderung und Währungspolitik. *Neues Wiener Tagblatt*, 12–13.
- Morgenstern, O. 1931, 17. Dez.* Inflationistische und deflationistische Anleihepolitik. *Neues Wiener Tagblatt*, 13.
- [Morgenstern, O.] 1932, 3. Feb.* Die Devisenbewirtschaftung eine „Übergangsmaßnahme“? *Neues Wiener Tagblatt*, 2.
- [Morgenstern, O.] 1932, 10. Apr.* Irrtümer und Widersprüche des Finanzkomitees. *Neues Wiener Tagblatt*, 18–19.
- [Morgenstern, O.] 1932, 7. Mai.* Österreich – ein Schulbeispiel. Für die Schäden der Devisenzwangswirtschaft. *Neues Wiener Tagblatt*, 11.
- Morgenstern, O. 1932, 8. Mai.* Dr. Rost über die österreichische Wirtschafts- und Finanzpolitik. *Neues Wiener Tagblatt*, 18–19.
- Morgenstern, O. 1932, 22. Mai.* Wirkungen und Formen eines Transfermoratoriums. *Neues Wiener Tagblatt*, 19.
- Morgenstern, O. 1932, 1. Aug.* Die Angleichung von innerem und äußerem Geldwert. *Wiener Wirtschafts-Woche*, 11.
- [Morgenstern, O.] 1933, 12. Feb.* Ankurbelung ohne Inflation. *Neues Wiener Tagblatt*, 13.
- Morgenstern, O. 1933, 28. Feb. Industriepolitische Zielsetzung. Zum Problem der österreichischen Produktionskosten. *Reichspost*, 9.
- Morgenstern, O. 1933, 3. März. Probleme der österreichischen Industriepolitik. *Die Industrie* 38, 9, 5–7.
- [Morgenstern, O.] 1933, 13. Mai.* Umstellung! *Neues Wiener Tagblatt*, 10–11.
- Morgenstern, O. 1933, 12. Aug.* Anleihe und Währung. *Allgemeiner Tarif-Anzeiger*, 993.
- [Morgenstern, O.] 1934, Mai. Wirtschaftsbelebung durch Zollerhöhung? *Wirtschaftliche Rundschau* 1, 2, 13–14.
- [Morgenstern, O.] 1934a, Juni. Der wahre Weg zum wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas. *Wirtschaftliche Rundschau* 1, 3, 17–18.
- [Morgenstern, O.] 1934b, Juni. Der Ruf nach größerer Wirtschaftsfreiheit. *Wirtschaftliche Rundschau* 1, 3, 19–20.

- [Morgenstern, O.] 1934, Juli. Sinn und Wirkungen eines Transfermoratoriums. *Wirtschaftliche Rundschau* 1, 4, 26–28.
- [Morgenstern, O.] 1934, Okt. Patriotismus und Wirtschaftswissenschaft. *Wirtschaftliche Rundschau* 1, 7, 64–65.
- Morgenstern, O. 1937, 26. Juni. Strategie der Einfuhrverbote. *Der Österreichische Volkswirt* 29, 39, 767–69.
- Strigl, R. 1932, 29. Mai.* Rückkehr zu gesunder Währungspolitik! *Neues Wiener Tagblatt*, 12–13.
- Strigl, R. 1937, 8. Mai. Grundsätzliches zur Frage der Preispolitik. *Der Österreichische Volkswirt* 29, 32, 627–28.
- Strigl, R. 1937, 5. Juni. Clearingspitzen. *Der Österreichische Volkswirt* 29, 38, 707–8.
- Strigl, R. 1937, 21. Nov. Auflockerung in der Wirtschaftspolitik. *Neue Freie Presse*, 22.